

# BURGENLÄNDISCHE HEIMATBLÄTTER

Herausgegeben vom Amt der Burgenländischen Landesregierung,  
Landesarchiv / Landesbibliothek und Landesmuseum

---

56. Jahrgang

Eisenstadt 1994

Heft Nr. 3

---

## **„Von der Alm zur Puszta“. Zur Rolle völkischer Schutzvereine bei der Angliederung des Burgenlandes an Österreich (Forts.)**

von Andreas Streibel, Sigleß

### III.

#### **Von Heinzen und Heidebauern.**

In ihrer fünften Sitzung am 22. November 1918 beschloß die Provisorische Nationalversammlung Gesetz und Staatserklärung über Umfang, Grenzen und Beziehungen des Staatsgebietes von Deutschösterreich. In Punkt 5 der Staatserklärung formulierte die junge Republik ihren Anspruch auf die geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete der Komitate Preßburg, Wieselburg, Ödenburg und Eisenburg. Wie sich aus der Ablehnung der am 14. November von den deutschnationalen Abgeordneten Heilingner und Denk sowie von den christlichsozialen Abgeordneten Parrer und Gruber eingebrachten Anträge zum Gebietsgesetz<sup>1</sup> ableiten läßt, waren Staatsrat und Staatskanzlei bedacht, die (deutsch-)österreichischen Forderungen in Westungarn auf die ethnographisch-statistischen Verhältnisse im Sinne des Selbstbestimmungsrechts weitgehend abzustimmen und daher die außerhalb der geschlossenen deutschen Siedlungsgebiete liegenden Teile der genannten westungarischen Komitate nicht in die Staatserklärung aufzunehmen. Der Staatsrat, dessen erster Entwurf der Provisorischen Nationalversammlung am 12. November (3. Sitzung) vorgelegt wurde, stützte sich dabei auf eine dafür

1 Heilingner beantragte, dem § 1 als Schlußsatz hinzuzufügen: „Zu Deutschösterreich gehören weiters auch die Gespanschaften Ungarn Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg und die durch ein späteres Gesetz näher zu bezeichnenden Teile des Komitates Preßburg.“ (Stenogr. Protokolle der 4. Sitzung der Provisorischen Nationalversammlung am 14. November 1918); Parrers Antrag wich demgegenüber nur im Wortlaut ab; beide Anträge erwiesen sich darüberhinaus als mit den Aufgaben eines Gebietsgesetzes als inkompatibel, das nur jene Gebiete als Staatsgebiete auswies, die durch Beitrittserklärungen bzw. durch schlüssige Handlungen die Zugehörigkeit zum (deutsch-)österreichischen Staat zum Ausdruck gebracht hatten; vgl. dazu: Johann Seedorf: Deutschösterreichs Bemühungen um den Anschluß des Burgenlandes, in: Burgenland in seiner panonischen Umwelt. Burgenländische Forschungen, Sonderband VII (Festgabe A. Ernst), Eisenstadt 1984, 356—377; 360

eigens eingerichtete, mit der Feststellung des (deutsch-)österreichischen Staatsgebietes nach Gerichtsbezirken bzw. einzelnen Gemeinden betraute Abgrenzungskommission. Die Ergebnisse dieser auf den Volkszählungsergebnissen von 1910 beruhenden Arbeiten bildeten die Grundlage sowohl der Staatserklärung vom 22. November wie auch der Vollzugsanweisung vom 3. Jänner darauffolgenden Jahres.<sup>2</sup>

Die Republik, die sich als „nationale Gemeinschaft von Mitgliedern derselben Rasse und Sprache“<sup>3</sup> begriff und nur aus taktischen Gründen vorerst darauf verzichtete, als „deutscher Nationalstaat“ aufzutreten<sup>4</sup>, ließ sich mit der Festlegung der deutschen Staatssprache, wie es dann in der Bundesverfassung 1920 (Art. 8) der Fall sein sollte, Zeit. Die Gründe dafür lagen auf der Hand: Staatserklärung und Vollzugsanweisung enthielten Ansprüche, die auch fremdnationales Gebiet einschlossen. Dagegen waren ehemalige deutsche Angehörige Österreich-Ungarns in großer Zahl als Minderheiten in den Nachfolgestaaten und Italien ebenfalls unter fremdnationaler Herrschaft verblieben. Für diese deutschen Volksgruppen forderte (Deutsch-)Österreich Rechte, die es den eigenen *sprachlichen* Minderheiten einzuräumen nicht gedachte.

2 Die Abgrenzungskommission wurde von Dr. Licht geleitet, an ihr nahmen neben dem Schulvereiner und späteren Obmann der Großdeutschen Volkspartei Dr. Ritter August von Wotawa noch Dr. R. Pfandler (Staatsamt für Finanzen), Dr. W. Hecke (Statistische Zentralkommission) und Dr. Wenedikter (Staatsamt für Inneres) teil. Sie maß den historischen und ökonomischen Faktoren freilich zumindest ebensoviel Bedeutung bei wie der Forderung nach Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts. Dasselbe gilt übrigens auch für die am 9. Dezember mit Staatsratsbeschluß eingerichtete *Minderheitenschutzstelle in der Staatskanzlei*, der dann bis zu ihrer Auflösung am 24. Juli 1919 Dr. Wotawa vorstand. Sie hatte offiziell die Aufgabe, die Interessen der „auf dem Boden der ehemaligen österr[eichisch]-ung[arischen] Monarchie entstandenen Nationalstaaten“ verbliebenen deutschen Sprachinseln und Minderheiten zu vertreten (AdR, Deutschösterreichische Staatskanzlei, Zl. 994/1918), erwies sich jedoch de facto als Koordinierungsstelle, in der die (deutsch-)österreichischen Grenzziehungswünsche im Hinblick auf die Friedenskonferenz argumentativ aufbereitet wurden. Aus den hierzu ausgearbeiteten bzw. aus den umstrittenen (umkämpften) Gebieten in- und außerhalb der Republik eingelaufenen Materialien geht hervor, daß die westungarische Causa Ende 1918 nicht eben auf eine effiziente *Lobby* zählen konnte. (Vgl. den diesbezüglichen Bestand der Deutschösterreichischen Staatskanzlei im Archiv der Republik sowie ebda drei Kartons (243—245) Staatskanzlei — Bundeskanzleramt/alt, Varia; dazu: A. Streibel: Die Minderheitenschutzstelle in der deutschösterreichischen Staatskanzlei. 1918—1919, in: *Litterature di Frontiera/Littératures Frontalières*, Anno V (1995)/n. 1.)

3 Österreichs Antwort vom 6. August 1919 auf die Friedensbedingungen vom 20. Juli 1919; Bericht über die Tätigkeit der deutschösterreichischen Friedensdelegation in St. Germain-en-Laye, Bd. 2, Wien 1919, 118

4 Berichterstattung über den Antrag Kemeter im Verfassungsausschuß der Provisorischen Nationalversammlung vom 14. Jänner 1919; Parlamentsarchiv Wien, Verfassungsausschuß

Die ehemaligen ethnischen und Sprachgrenzen erfuhren noch vor Beginn der Friedensverhandlungen einen grundlegenden Bedeutungswandel. An die Stelle der Einflußbereiche nationaler Gruppenegoismen, die sich im Nationalitätenstaat vor allem auf regionaler Ebene artikuliert hatten, traten nun administrative und wirtschaftliche Grenzen souveräner Nationalstaaten. Die im Spannungsfeld national determinierter politischer und sozial-ökonomischer Verhältnisse durchgeführten Erhebungen der Umgangssprache hatten sich von Anfang an als prekär erwiesen, zumal sie als Bestätigung bzw. Korrektur der Herrschaftsansprüche des jeweiligen „Volksstammes“ gelesen wurden<sup>5</sup>. Immerhin aber ermöglichten sie es dem einzelnen, den Wert seines nationalen Bekenntnisses im Kontext der regionalen Identität zu bestimmen. Der Gedanke einer aufgrund ihrer kulturellen Überlegenheit dominierenden Nation, wie er die ideelle Grundlage der deutschen intellektuellen Eliten in der österreichischen Reichshälfte und damit auch der Schutzvereinsbewegung bildete, konnte allerdings bei den deutschen mittelständischen Bevölkerungsschichten auch über die Grenzen der Kronländer hinaus mit Zustimmung rechnen.<sup>6</sup> Da jedoch das Habsburgerreich im Gegensatz zum angelsächsischen und z. T. auch romanischen Raum (Frankreich) die Nation als staatlich-politische Einheit nicht kannte — und auch nicht kennen konnte —, lag der Primat hier zwangsläufig auf dem Kulturellen, der Ausbildung und Erhaltung der kulturellen Standards der den Staat bildenden Nationalitäten, wie sie im nationalen Bildungswesen ihren deutlichsten Ausdruck fanden. Hier entschied sich das Schicksal nicht nur der — in der österreichischen Reichshälfte de jure allerdings nicht vorhandenen — Staatssprache, denn die Individualität der Nationen lag zuallererst in der jeweiligen gemeinsamen Sprache und in der

5 „Wie auch immer die Sprachenfrage gefaßt wird, jeder Volksstamm benützt sie, soweit die offenkundigen Tatsachen des sprachlichen Verkehrs es gestatten, zu einem nationalen Bekenntnis. So werden wir denn durch die Volkszählung unterrichtet über den Einfluß, den die Eigenvermehrung der einzelnen Volksstämme, die Wanderbewegung, die assimilierende Wirkung des sozialen Verkehrs, aber auch das nationale Beharrungsvermögen auf das sprachliche Gefüge Österreichs ausgeübt haben.“ H. Rauchberg: Die nächste Volkszählung, in: Neue Freie Presse Nr. 16530 (30. 8. 1910), zit. in: Emil Brix: Die Umgangssprachen in Altösterreich zwischen Agitation und Assimilation. Die Sprachenstatistik in den zisleithanischen Volkszählungen 1880 bis 1910 (=Veröffentlichungen der Kommission für neuere Geschichte Österreichs, Bd. 72), Wien/Köln/Graz 1982, 18. Eine Flugschrift (1909) der Südmark, die den Gemeinden in den gemischtsprachigen Bezirken der Untersteiermark anbot, eigene — deutsche — Zählkommissare zu bestimmen und auch zu bezahlen, bringt die Härte der nationalen Bestandsaufnahme, die offiziell eine solche nicht war, auf den Punkt: „Der Streit der Völker ist keine Frage des Rechtes, sondern der Macht.“

6 Davon mag die nationale Solidarität, wie sie bei der legendären Rosegger-Sammlung zugunsten des Deutschen Schulvereins (1909: „2000 Kronen — 2 Millionen“) zu Tage trat, Zeugnis ablegen.

nationalen<sup>7</sup> Schule. (Die utraquistische Volksschule erwies sich in der Südsteiermark, vor allem aber in Südkärnten, wo der soziale Druck auf weit weniger nationales Beharrungsvermögen stieß, als dissimilatorischer Faktor, der — wenn schon nicht die vorwiegend ländliche slowenische Bevölkerung germanisieren — so zumindest die wirtschaftliche Dominanz der Deutschen absichern half.)<sup>8</sup>

Konsequenterweise macht sich die Südmark noch in einer Flugschrift aus dem Jahr 1921<sup>9</sup> die sozialpsychologische Bedeutung der Sprache vor 1918 zunutze und fordert die „Erhaltung der Einsprachigkeit Deutschösterreichs“. Damit suggerierte man die Gefahr möglicher Ansprüche seitens der Nachfolgestaaten auf Revision der politischen Grenzen.<sup>10</sup> Dem Schutzverein war es allerdings weniger um die territoriale Integrität des österreichischen *Staates* — nicht der *Nation* — zu tun, als vielmehr um den ins großdeutsche „gemeinsame Vaterland“ einzubringenden Volksboden. Die „Bildungsarbeit“, die auch nach der Fusion

7 Dazu kam, daß der Verfassungsgerichtshof in einem Erkenntnis vom 11. Dezember 1910 unter Bezugnahme auf §20/Abs. 2 des mährischen Schulausgleichsgesetzes (LGBl. Nr. 4/1906), der sog. „lex Perek“, zu dem Schluß kam, daß die kommunikative Kompetenz in der Unterrichtssprache der Schule, nicht aber das subjektive Bekenntnis über die Sprachzugehörigkeit des Kindes entschied; vgl.: Brix, zit., 53. Auf den genannten Paragraphen des Schulausgleichsgesetzes, der dem deutschen „Kinderfang“ ein Ende setzen sollte, indem „in der Regel nur Kinder aufgenommen werden [dürfen], welche der Unterrichtssprache mächtig sind“, reagierte der Deutsche Schulverein mit der verstärkten Errichtung von Kindergärten. Vgl.: Monika Streitmann: Der Deutsche Schulverein vor dem Hintergrund der österreichischen Innenpolitik 1880—1918, masch. Diss., Wien 1984, 191f.

8 Keinesfalls übersehen werden darf bei der deutschen (utraquistischen) Schule, die wegen der sozialen Aufstiegschancen von den Eltern slowenischer Kinder häufig bevorzugt wurde, jedoch der Rückkoppelungseffekt für die Deutschen. So heißt es im Fall der Untersteiermark: „Das kleine Volk der Slowenen stellte von Jahr zu Jahr mehr Universitäts Hörer, die nach der Vollendung ihrer Studien leicht Stellen fanden, weil sie beide Landessprachen beherrschten. Aber es fanden sich immer weniger der slowenischen Sprache mächtige deutsche Bewerber für die im Unterland frei werdenden Beamten-, Notars und Arztstellen, in die immer häufiger die völkischen Gegner als geschulte Führer ihrer Stammesgenossen eindrangten.“ (F. Pock: Grenzschutz im Südosten. Ein halbes Jahrhundert Südmark, Graz/Wien/Leipzig 1940, 17) Auf der Hauptversammlung 1892 in Marburg/Maribor wurde daher gefordert, Unterstützungen für deutsche Studenten von ihrer Bereitschaft abhängig zu machen, Slowenisch zu lernen [!] und sich im Unterland niederzulassen.

9 Südmark. Bund der Deutschen zur Erhaltung ihres Volkstums im In- und Auslande: Was will die Südmark?, Steiermärkische Landesbibliothek, Kapsel 27

10 Im konkreten Fall ging es um die Abwehr „tschechischer Vorstöße“ in Wien und Niederösterreich, welche die Verwirklichung des seit Ende März 1919 politisch de facto gestorbenen nord-süd-slawischen Landkorridors — durch Einverleibung der vier deutsch-magyarischen Komitate Westungarns (Wieselburg, Ödenburg, Eisenburg, Zala) — vorbereiten sollten. (Vgl.: Die tschechischen Denkschriften für die Friedenskonferenz von Paris 1919/1920, hrsg. v. H. Raschhofer, Berlin 1937, 62ff.)

mit dem Deutschen Schulverein (1925) ihre programmatische Gültigkeit behielt, zeigt, daß man nicht nur aus der Vergangenheit gelernt hatte, sondern fest entschlossen war, den nationalen Antagonismus in Form kultureller Grenzlandschirmützel fortzuführen und die Binnenbevölkerung endgültig darin einzubinden. Der vor dem Zusammenbruch ausgefochtene, sozialdarwinistisch anmutende *Kampf* um die Sprache, bei dem es um die Durchsetzung und Behauptung der nationalen Positionen in den Bereichen Politik, Administration und Wirtschaft gegangen war, ließ sich unter nun allerdings veränderten Umständen und mit anderen Zielsetzungen beinahe übergangslos fortführen. Die Rhetorik der angesichts der internationalen politischen Konstellationen nur mit „geistigen Waffen“ ausgetragenen Auseinandersetzung um das Selbstbestimmungsrecht aller Deutschen hatte durch die Kriegskatastrophe an Anschaulichkeit gewonnen. Sie stieß vor allem bei der traditionellen Kernschicht der österreichischen Schutzarbeit, dem (akademisch) gebildeten Mittelstand, auf Akzeptanz, der die Gründe für seine Deklassierung im pluralistisch-kapitalistischen System suchte, das wiederum als Handlanger des verhaßten Judentums, der sozialen Konkurrenz, identifiziert wurde.<sup>11</sup> Die von Ressentiments geprägte mentale Disposition der Verlierer sowohl im Felde und auf dem diplomatischen Parkett der Friedenskonferenz als auch im sozialen Alltag findet in der Zwischenkriegszeit in der seit je bloß vordergründig defensiven Schutzarbeit mit ihrem intransigent-militanten Sendungsbewußtsein ein geeignetes Ventil. Die „alpenländische Volksbildungsarbeit“, deren herausragender Vertreter, der große steirische Volkskundler Viktor Geramb, in den Publikationen der Südmark auch stets ein Forum fand<sup>12</sup>, sollte die natio-

11 Selbst der Deutsche Schulverein, der sich in der Judenfrage bis dahin nicht eindeutig festgelegt hatte, paßt sich 1921 anläßlich der Vereinigung mit dem Verein zur Erhaltung des Deutschtums im Ausland an die allgemeine Linie an: „In bezug auf § 5 der Satzungen teilte Dr. Groß mit, daß die Gauleitungen sich einstimmig für eine nicht anzufechtende Auslegung der in der vorjährigen Hauptversammlung beschlossenen Fassung des § 5 der Satzungen dahingehend aussprachen, daß unter den Worten ‚Jeder Deutsche kann Mitglied des Vereines werden‘ Deutsche arischer Abkunft zu verstehen seien [ . . . ]“, Hans Schögl: Salzburger Festtage, in: Volk und Heimat. Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Ausland, 1921, Folge II/12

12 Als Vertreter einer „christlich-deutschen Weltanschauung“ (vgl.: Die ‚Südmark‘. Alpenländische Monatsschrift für deutschen Wesen und Wirken, 2 [Februar]/1920: Vom deutschen Wesen: Volkstum und Glaube) mußte das Südmark-Hauptleitungsmitglied Geramb dem totalitären Machtanspruch des atheistischen, „revolutionären“ Nationalsozialismus — schon vor seiner „Beurlaubung“ und „Pensionierung“ 1938/39 — zumindest reserviert gegenüberstehen. Die Mitgliedschaft bei der Partei dürfte daher auch nie zur Diskussion gestanden haben (AVA, Beiakten zu den Personalakten, Geramb Viktor). Sein Fall steht paradigmatisch für die in der Zwischenkriegszeit aufgrund der ideologischen Affinitäten zweifellos gegebene Anfälligkeit der gebildeten, konservativ-antisemitischen bürgerlichen Schichten für den Nationalsozialismus. Die angesichts der innenpolitischen Lage aus heute unverständlicher Naivität oder — wie

nale Widerstandskraft gegen die inneren und äußeren Fährnisse stärken und — unter Bedachtnahme auf die geostrategische Lage Österreichs — zugleich dessen historische Mission als Vorposten deutscher expansiver Interessen in Süd- und Südosteuropa<sup>13</sup> und „Rückhalt“ der ebendort siedelnden Auslandsdeutschen *ideell* untermauern:

im Fall der Schutzvereinsbewegung — mit Kalkül als überparteiliches Anliegen ausgegebene Volksbildung konnte, zumal deren bereits vom Vaterländischen Regime für sich vereinnahmte Träger unter den Nationalsozialisten unter die Räder gekommen waren, auch nach 1945 ihre antimodernistischen, gegen die von West und Ost drohende Säkularisation und deren gesellschaftspolitische Konsequenzen gerichteten Inhalte durchaus mit öffentlicher Billigung weitergeben. So schreibt der Dollfuß-Anhänger Adalbert Riedl, der trotz der bis in die dogmatische Rhetorik hinein nachvollziehbaren weltanschaulichen Deckungsfelder die subversiv-politische Bedeutung des Deutschen Schutzvereins Südmark im Burgenland erkannt und diesen bekämpft hatte, in der Festschrift zum 10jährigen Bestehen des von ihm geleiteten „Volksbildungswerkes für das Burgenland“ (Eisenstadt oJ [1955]): „Es darf uns nicht gleichgültig sein, ob unsere Jugend und unser Volk Theater und Kinos besucht, die das Leben erheitern, verschönern, oder den Geist und die Seele verderben. [ . . . ] Bei den Bauern lebt noch der alte Herrgott, das alte Volksgut, die alten Bräuche sind noch vorhanden. Es fehlt aber das bäuerliche Selbstbewußtsein, die alte gesunde Haltung. Nicht umsonst spricht man von entarteten [sic] Bauern.“ (8) „Bei all dieser Arbeit leitet uns ein klares Ziel, wir wollen nur der Sache dienen. Dabei holen wir die schöpferischen, die schaffenden Kräfte ans Licht, wollen dem Ewigschönen, Ewigguten Wegbereiter sein.“ (9) — allerdings: „Es wird nicht möglich sein, die österreichische Kultur von den fremden Einflüssen, die von den Kinos, vor welchen sich bienenschwarmartig allabendlich das Volk versammelt, von den Nachtlokalen, Bars, Varietés oder von den Kampfplätzen boxender Weibsleute ausgehen und unserem Wesen nicht entsprechen, zu säubern [sic].“ „An die Stelle etwa sich bekämpfender Konfessionen und Parteien mögen die Glaubenglocken zusammenklingen im gemeinsamen Rufen gegen Unchristentum und Materialismus.“ (11) Die Aufgabe des Burgenlandes sei es, „befestigtes Land zu sein an der äußersten Grenze [sic], sei es der Wall der Burgen oder ein Wall der Herzen“ (11f.), wobei in Zeiten des Kalten Krieges klar war, wovor der Wall der christlich-„abendländischen Kulturauffassung“ (vgl. 11), aus welcher der ehem. Landessekretär der VF und Vertreter des Burgenlandes im Bundeskulturrat (Schulwesen; 1934—38) vorsichtshalber das spezifisch Deutsche streicht, zu schützen hatte. Zum Phänomen Geramb vgl. die Beiträge Helmut Eberhardts in: *Völkische Wissenschaft. Gestalten und Tendenzen der deutschen und österreichischen Volkskunde in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, hrsg. v. W. Jacobeit, Hannsjost Lixfeld, Olaf Bockhorn (in Zusammenarbeit mit J. R. Dow), Wien/Köln/Weimar 1994

13 „Von dem Schicksal und der Aufgabe, die Grenzmark im Osten des Reiches der Deutschen zu sein, erhielt Österreich überhaupt erst seinen ehrwürdigen, in vielen Jahrhunderten eines überaus schweren, an Opfern und Erfolgen reichen Grenzerdaseins bewährten Namen. Was hätte denn der Name ‚Österreich‘ für einen Sinn, wenn er nicht ein Gebiete bezeichnete, das sich ein landhungriges Volk in kriegerischem Zugriff zu seinem eng gewordenen Lebensraum hinzuerobert und als Mark im Osten seinem Reiche eingegliedert hat?“; so der auch nach 1945 im steiermärkischen Kulturleben rührige

„Der Schieber- und Dirnenkultur unserer Zeit wollen wir deutsche Bildungsarbeit und deutschen Frohsinn entgegensetzen. Die Südmark pflegt alle Zweige der Volksbildung und Volksertüchtigung, fördert gleichgerichtete Bestrebungen durch Zuwendung von Mitteln. Durch Erweckung der Heimatliebe, durch Aufklärungsarbeit über völkische und wirtschaftliche Belange, durch Veranstaltung von Vortragsabenden wollen wir ein Gegengewicht zu dem schaffen, was sich als Unkultur, Schuld und jüdischer Materialismus in unser Volk eingenistet hat, und alles, was noch Gutes und Edles in unserem Volke vorhanden ist, mit Vernichtung bedroht.“<sup>14</sup>

Wie erreicht die Südmark ihr Ziel:

„a) Aufklärungsarbeit über sittliche, völkische und wirtschaftliche Fragen, Pflege und Förderung des Volkstumes und des Heimatgedankens, Veranstaltung von Wanderversammlungen, Vortragsabenden, Bildungs- und Unterrichtslehrgängen, durch Vertiefung der Würde und des Geschmacks bei deutschen Volksfesten und geselligen Veranstaltungen, durch Hebung der deutschen Kultur im Sinne des Dürerbundes; durch Verbreitung von Druckschriften eigenen und fremden Verlages, durch Förderung der volkstreu und heimatlich gerichteten Presse, durch Aufstellung und Führung von Volksbüchereien, durch Unterstützung aller der Pflege des Volkstums dienenden Jugendgruppen.“<sup>15</sup>

Sofort nach dem Zusammenbruch trieben der Berliner Verein für das Deutschtum im Ausland, der Deutsche Schulverein (*Mittelstelle für deutsche Jugendarbeit*) und die Südmark (*Arbeitsgemeinschaft der deutschen Jugend von Graz*, der sich die Jugendortsgruppen des Deutschen Schulvereins anschlossen; *Deutscharischer Jugendbund* [Graz], *Südwacht* [Klagenfurt]) die Zusammenfassung der bereits bestehenden und die Gründung neuer Jugendgruppen, haupt-

Peter-Rosegger-Preisträger (1963), Südmärker und Gaukulturhauptstellenleiter Joseph Papesch: Fesseln um Österreich, Hamburg 1933, 6. Jede andere als die großdeutsche Lösung der „österreichischen Frage“ bedeutete — so der Tenor der Schutzvereinspublikationen — die Einbindung der Alpenrepublik in die französische Donauraumpolitik und damit deren Ausfall als Brückenkopf der vorerst *wirtschaftlichen* Expansionsbestrebungen Deutschlands in Süd- und Südosteuropa. In diesem Sinne schreibt auch der steirische Landeshauptmann Rintelen 1931: „Beide Länder [Steiermark und Burgenland] vereint, verbunden durch ein jahrtausendealtes Schicksal, haben die Kenntnis von den Lebensbedingungen der Ostvölker. Sie sind die friedlichen Ausfallstore des deutschen Geistes und der deutschen Wirtschaft nach dem Osten.“, in: Grenzland. Zeitschrift für deutsche Schutz- und Kulturarbeit, herausgegeben vom Deutschen Schulverein Südmark, Jg. 1931/Folge 4/5, 68f.

14 Anm. 9

15 ib.; Zur wirtschaftlichen Schutz- und Siedlungsarbeit in der Zwischenkriegszeit, die an anderer Stelle ausführlich behandelt werden sollen, vgl. die im ersten Kapitel des vorliegenden Beitrages (Burgenländische Heimatblätter 2/1994) kursorischen Feststellungen.

sächlich Mittel- und Hochschulverbände, systematisch voran.<sup>16</sup> Karl Bell bringt in seinem Beitrag zur „Geschichte der Schutzarbeit am deutschen Volkstum“ den Zweck dieser Initiativen auf den Punkt, wenn er die Gewinnung von Lebensraum zum Telos deutscher Geschichte erhebt, deren Umsetzung in die politische Tat, der immer auch Elemente eines säkularisierten Heilsmythos beige-mischt sind, er aber einer idealisierten, in Wahrheit sozial frustrierten<sup>17</sup> Jugend vorbehält:

„Nicht der gefühlsmäßig unterbaute Wille karitativer Hilfe für das Ausland-deutschtum ist entscheidend, sondern das ahnungsmäßig erfaßte Bewußtsein, daß der Weg zum deutschen Volk, das Ziel des Vereins für das Deutschtum im Ausland, der Weg des heranwachsenden deutschen Geschlechtes ist. Der Wille zu einem Zusammenschluß aller Deutschen, der Kultur und Wirtschaftskraft der Gesamtheit zusammenfügt, den deutschen Lebensraum freimacht von staatlichen Zufallsgrenzen und über den Erdball spannt, entsteht nicht durch künstliche Organisation. Er gestaltet sich aus den Urkräften unseres Volkstums. Sie quellen am reinsten und am zielklarsten in der Jugend unseres Volkes.“<sup>18</sup>

Nicht zufällig wird es neben der Auslandsorganisation der NSDAP die Reichsjugendführung sein, die bereits 1934 die drei Jahre später endgültig erfolgte Entfernung Hans Steinachers von der Spitze des Volksbundes [seit 1933] für das Deutschtum im Ausland betreibt. Der Vorwurf des *Reaktionären* bezieht sich auf den Widerstand, die Schutzarbeit den „weltanschaulichen Prinzipien des Nationalsozialismus und seinen Rasseanschauungen“ unterzuordnen<sup>19</sup>. Tatsäch-

16 Vgl.: Erwin Barta/Karl Bell: Geschichte der Schutzarbeit am deutschen Volkstum, Dresden oJ [1930], 257ff.; Wochenbericht des Deutschen Schulvereins, Folge 3/(12.2.) 1920; Mitteilungsblatt: Die Südmärk und die Jugendbewegung in Graz; Graz, Ende Oktober 1919, Steiermärkische Landesbibliothek, Kapsel 27; Mitteilungen des Vereines Südmärk 11/November 1919

17 Der hohe Anteil höherer Schüler und Studenten — wie aus den Berichten der Landessicherheitsdirektionen über die Maisammlungen des Deutschen Schulvereins Südmärk hervorgeht, die nicht selten revisionistische und damit eo ipso antiösterreichische Kundgebungen tarnten — läßt auf deren soziales Unbehagen als „proletarisierte Studenten“ ohne berufliche Perspektiven schließen. Für sie mag gelten, was Kracauer allgemein für die jugendlichen Anhänger des Nationalsozialismus in Deutschland 1933 konstatierte: „Eingereiht in die Bewegung, werden sie [die Arbeitslosen] aus Parias der Gesellschaft zum Vortrupp des III. Reiches. Vor allem die Jugendlichen verpflichtet er sich, indem er ihren Drang nach Abenteuer stillt. Nachtmärsche, Kämpfe in höherer Absicht, Machträusche, gehorchen dürfen und auch befehlen — so freilich sind die Achtzehnjährigen, denen kein Arbeitsplatz offen steht, zu gewinnen . . . ” (Die Deutschen Bevölkerungsschichten und der Nationalsozialismus, in: Schriften, hrsg. v. Inka Mülder-Bach, Bd. 5/3, Frankfurt/Main 1990, 223—233; 231

18 Anm. 14, 252

19 AdR/NPA, Liasse Steinacher, 39.916 13/35: Schwierige Lage des VDA, Berlin 19. 11. 1935



lich trug der Kärntner die evolutive<sup>20</sup> nationalsozialistische Unterwanderung der Auslandsdeutschen, zu denen auch die Österreicher gerechnet wurden, sehr wohl mit. Allerdings gelang es ihm nicht, die deutschen Volksgruppen bedingungslos auf die Parteilinie einzuschwören, und er erkannte die Gefahr der von außen, und zwar vorzüglich *über* die Jugendgruppen, hereingetragenen Radikalisierung für deren psychologischen Zusammenhalt. Der Glanz der Lager- und Sonnwendfeuer konnte und sollte auch gar nicht über den wahren Zweck der mit straffer militärischer Disziplin organisierten Exkursionen ins Grenzland und des Landdienstes hinwegtäuschen: „Die „Erziehung der Jugend zu volkstreuer Gesinnung“ lief auf „die körperliche und seelische Gesundheit und die Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes“ hinaus<sup>21</sup>, die emotional besetzte Grenze diente dabei als vorläufiges Aufmarschgebiet zukünftiger Operationen. Als Richtungselemente der in Österreich im Juli 1937 nach langem Tauziehen definitiv aufgelösten Jugendgruppen<sup>22</sup> gibt der Jahresbericht für 1935 „hingebungsvolle Bereitschaft, Gefolgschaftswillen, Mut zur Manneszucht“ an, die soldatischen Tugenden sollten sich in der „schwierigen Betätigung im Volkstumskampfe des Grenzlandes und der Volksgruppen“ bewähren.<sup>23</sup> Die ohnehin prekäre Kohabitation zwischen dem österreichischen Landesverband des VDA und den vaterländischen Stellen, die nichts gegen die volkserzieherischen Anliegen des Deutschen Schulvereins Südmark, viel aber gegen deren politische Implikationen hatten, schien dadurch, wie wir noch im Zusammenhang mit dem Burgenland sehen werden, aufs äußerste gefährdet. Denn es war den österreichischen Behörden nicht entgangen, daß sich

20 „Dr. Hans Steinacher, der sich dem Vernehmen nach der besonderen Gunst des Reichskanzlers Adolf Hitler erfreuen soll, gilt auch als wichtigster Mitarbeiter des deutschen Gesandten von Papen in Wien, dessen politische Absichten angeblich dahin gehen, unter Verzicht auf Terrorakte die Auslandsdeutschen — als solche werden auch die Österreicher betrachtet — als nat[ional]soz[ialistische] Kolonien nach dem Muster des italienischen ‚Fascio all’estero‘ zu organisieren, wobei er in allen wichtigen Zentren, wie in Budapest, Bern und Wien Mitarbeiter gefunden haben soll.“, AdR/NPA, Liasse Steinacher, zu: G.D.316.398-St.B.: Volksbund für das Deutschtum im Auslande, 13f. Steinachers Loyalität wurde jedoch, wie aus den Kalenderaufzeichnungen hervorgeht, durch die politischen Morde im Juni/Juli 1934 auf eine schwere Probe gestellt; vgl.: Hans-Adolf Jacobsen (Hg.): Hans Steinacher. Bundesleiter des VDA 1933—1937. Erinnerungen und Dokumente, (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 19) Boppard/Rhein 1970, XXIVf.

21 Satzungen des Deutschen Schulvereins Südmark, 2. Absatz/a) und b) (1925); zum umstrittenen Passus der „volkstreuere Gesinnung“ siehe oben, 1. Kapitel

22 Nach dem Bundesgesetz über die vaterländische Erziehung der Jugend außerhalb der Schule — Jugendgesetz —, BGBl. Nr. 293/29.8.1936, novelliert am 29.12.1936 (BGBl. Nr. 453/1936), am 8.1.1937 (BGBl. Nr. 2/1937) und am 23.3.1937 (BGBl. Nr. 76/1937), das Jugendliche unter 18 Jahren betraf; zum Zeitpunkt ihrer Auflösung existierten österreichweit nur noch 21 von den 1933 109 und 1935 79 Jugendgruppen des Deutschen Schulvereins Südmark.

23 Grenzland, 1936/Folge 5/6, 64

hinter den Jugendgruppen der Schutz- und Turnvereine häufig getarnte Zellen der Hitler-Jugend verbargen.<sup>24</sup>

Die Südmark und der Deutsche Schulverein, die sich als „Begründer und Träger der auf nationaler Grundlage beruhenden Kultur- und Volksbildungsarbeit“<sup>25</sup> verstanden, traten im Burgenland unmittelbar nach dessen Angliederung an Österreich in Aktion:

„Daß die deutsche Schutzarbeit für die Gewinnung dieses wertvollen deutschen Volksbodens wichtige Vorarbeit leistete, sei hier nur in Erinnerung gebracht. Unmittelbar nach der Landnahme durchzogen die Sendboten der deutschen Schutzarbeit in selbstloser Volksliebe das Land und brachten in vielen hundert Versammlungen den von schwerem Druck befreiten Volksgenossen die Grüße des Muttervolkes und erweckten mit beredten Worten das stärkende und belebende Gemeinschaftsgefühl. Es war eine große Gleichrichtungs- und Erhebungsarbeit, die von den zündenden Rednern des über allen Partei- und Sonderinteressen stehenden Schutzvereines geleistet wurde.“<sup>26</sup>

Das Burgenland, der „winzige Lichtpunkt“<sup>27</sup> der Pariser Vororteverträge, nahm innerhalb der Schutzarbeit zwischen den Weltkriegen eine besondere Stellung ein: Hier galt es, eine aus der Grenzlage der Region ableitbare Identität ex novo aufzubauen, die das Bundesland als Teil der südlichen Mark des ersehnten großdeutschen Reiches, nicht aber des österreichischen Staates begriff. Dieses Unterfangen erwies sich als nicht eben einfach, zumal das ehemals westungarische Deutschtum aufgrund der bis in die Zweite Republik hereinreichenden sozialen Konfigurationen und infrastrukturellen Gegebenheiten zwar lokale, auf den engen Bereich der dörflichen Gemeinschaft begrenzte Identitäten, jedoch kein

24 So vermerkt ein Bericht der Staatspolizei gegen Ende 1935, „dass [sic] zu Beginn dieses Jahres sowohl in Niederösterreich als auch in der Steiermark und in Kärnten der Versuch unternommen wurde, die ‚Hitlerjugend‘ getarnt in die Schulgruppen des ‚Deutschen Schulvereines Südmark‘ einzubauen, welcher Versuch infolge der Wachsamkeit der Sicherheitsbehörden damit endete, daß eine größere Anzahl der Jugendgruppen aufgelöst und deren Mitglieder der Straftamtsbehandlung zugeführt wurden.“; AdR/BKA/Inneres, Gen.dion öff.Sicherheit, 22gen/301-121: Deutscher Schulverein Südmark. Information; Bundeskanzler Dollfuß im Ministerrat vom 30. Juni 1933: „Den Turnverein, Gesangsverein, Schulverein muß Schuschnigg als Unterrichtsminister die Leitung kommen lassen und sagen, wir begrüßen alle diese Vereine, aber rein für ihre [satzungsgemäßen] Zwecke. Die Mütter sind ganz unglücklich, weil die Burschen genau dasselbe treiben im Deutschen Schulverein [Südmark], was sie als Nazi gemacht haben.“ (Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abt. VIII, Kabinett Dr. E. Dollfuß, Bd. 4, Wien 1984, 146

25 Flugschrift: Deutscher Schulverein Südmark. Kreis Steiermark (ohne Datum [1927/28]), Steiermärkische Landesbibliothek, Kapsel 27

26 Der Deutsche Schulverein Südmark und das Burgenland, in: Burgenländische Wacht, 27.9.1931, 2

27 So der deutsche Reichtagspräsident, der Sozialdemokrat Paul Loebe, am 25. Juli 1928 anlässlich eines Festbanketts in Sauerbrunn.

überregionales oder gar nationales deutsches Bewußtsein ausgebildet hatte. Bedingt durch die an die Assimilation gebundenen sozialen Aufstiegsmöglichkeiten hatte sich kein (klein-)städtischer Mittelstand entwickelt, der sich als gebildete nationale Führungsschicht hätte profilieren können. (Bürgerlich-liberale Ideologeme waren zudem in der ungarischen Reichshälfte seit den 50er Jahren des vorigen Jahrhunderts vom magyarischen Adel besetzt, der darin ein Kampfmittel gegen zentralistisch-absolutistische Eingriffe in seine unangefochtene wirtschaftliche Dominanz in der unterentwickelten Industrie, vor allem aber in der vom Großgrundbesitz geprägten Landwirtschaft sah). Aufgrund der durch Realteilung verursachten Besitzersplitterung bildete die Schicht der Zwerg- und Kleinbauern den Hauptanteil der im Grenzstreifen lebenden Bevölkerung, die wiederum vom Zensuswahlrecht ausgeschlossen war und daher politisch nicht partizipierte. Dazu kam, daß sich infolge restriktiver Bestimmungen (Preß- und Vereinsgesetz) keine meinungsbildende Öffentlichkeit bilden konnte. Die ausbleibende Politisierung wirkte sich dennoch zunächst auf das interethnische Zusammenleben der Nationalitäten positiv aus. Als noch vor dem Ersten Weltkrieg mit der Erweiterung des Wahlrechts versucht wurde, die Bevölkerung auf der Grundlage nationaler Ideologeme politisch zu sensibilisieren, kam der Versuch zu spät, die politische Orientierung vollzog sich bereits entlang von Klasseninteressen:

„Die Bevölkerung des Burgenlandes hatte die Phase der nationalen Mobilisierungsprozesse ‚verschlafen‘. / Die wesentliche Erkenntnis aus den Untersuchungen ist, daß für die Annahme einer nationalen Identität primär die politische Orientierung maßgebend war, die ihrerseits von der sozialen Zugehörigkeit bestimmt wurde. Ethnische Kriterien spielten eine sekundäre Rolle.“<sup>28</sup>

Das änderte sich auch nach dem mit der Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts (Nationalrats- und Landtagswahlen) abgeschlossenen politischen Angliederungsprozeß 1919—1922 auf den ersten Blick nicht wesentlich: Die nationale Mobilisierung blieb weiterhin aufs engste mit wirtschaftlichen und sozialen Interessenslagen verknüpft. Der in den 20er und frühen 30er Jahren im Burgenland auf lokaler Ebene verbreitete mentale, nicht aber organisierte magyarische Revisionismus<sup>29</sup> fand seine Anhänger in jenen gesellschaftlichen Segmen-

28 Andreas Moritsch/Gerhard Baumgartner: Der nationale Differenzierungsprozeß in Südkärnten und im südlichen Burgenland 1850—1940, in: W. Holzer/R. Münz (Hg.): *Trendwende? Sprache und Ethnizität im Burgenland*, Wien 1993, 109—148; 141

29 Die politisch übrigens nicht einheitliche revisionistische Propaganda hatte ihre wichtigsten Stützpunkte in den angrenzenden westungarischen Komitaten, von wo aus das Burgenland mit Versprechungen und Einschüchterungen bearbeitet wurde. Ebenfalls jenseits der Staatsgrenze unterhielt der militante Flügel der Irredenta paramilitärische Formationen — so vor allem die offiziell als gesellige Turnvereine für Jugendliche laufenden *Levente*-Vereine und der ab 1921 auch gegen die Budapester Zentralregierung opponierende *Verein der erwachenden Ungarn*. Dazu ausführlich die Arbeit von Peter Haslinger: *Der ungarische Revisionismus und das Burgenland. 1922—1932*, (=Europäische Hochschulschriften Reihe III/Bd. 616), Frankfurt/Main/Berlin/Bern/New York/Paris/Wien 1994

ten *aller* ethnischen Gruppen<sup>30</sup> des Burgenlandes, die damit gesellschaftliches Prestige und wirtschaftlichen Vorteil assoziierten.<sup>31</sup> Deren Ressentiments richteten sich — zumal nach der Konterrevolution in Ungarn im August 1919 — gegen das zunächst politisch instabile, pluralistische Österreich, in dem jene sozialen Hierarchien gefährdet schienen, die ihre Existenz den politischen Strukturen der ungarischen Reichshälfte verdankten, mit deren Hilfe eine sehr dünne Oberschicht der magyarischen *Staatsnation* ihren autokratischen Herrschaftsanspruch abgesichert hatte. Die nach der Angliederung im Land verbliebenen, ehemals mächtigen Dorfnotäre (Gemeindesekretäre) und Staatsbeamten rechneten sich nun, da Konkurrenz aus Österreich und den ehemaligen Kronländern zum Aufbau der Administration in das neue Bundesland versetzt wurde, geschlossen zum Lager der *Magyaronen*. Dasselbe galt für bäuerlichen Bewohner der magyarischen Sprachinseln — ehemals kleinadeliger Grenzwächtersiedlungen — Oberwart/Felsőőr, Unterwart/Alsóőr, Siget i. d. Wart/Őrisziget, Oberpullendorf/Felsőpulya, Mitterpullendorf/Középpulya und eines Teils der Gemeinde Jabing/Jobbágyi; ebenso für die Mehrzahl der an magyarischen höheren Schulen ausgebildeten Vertreter der freien Berufe, für die übernommenen Lehrer und Privatbeamten, häufig aber auch für den gewerblichen Mittelstand, der vor 1921 aufgrund der höheren Steuerleistung als stimmberechtigtes Mitglied in den Gemeinde- und — mitunter — Komitatsausschüssen vertreten war und daher ebenfalls zu den Privilegierten gezählt hatte. (Überdies klagten Handel und Gewerbe im Burgenland wegen der bis Mitte des ersten Jahrzehnts der Zugehörigkeit zu Österreich fehlenden Gewerbeordnung über starke Wettbewerbsnachteile gegenüber den altösterreichischen Betrieben; der Zugang zum traditionellen wirtschaftlichen Hinterland im Osten wurde von ungarischer Seite wesentlich erschwert, gleichzeitig jedoch Kapital oft nur von ungarischen Banken zur Verfügung gestellt, da die burgenländischen Kreditinstitute ihre Rücklagen an die Inflation verloren hatten.)<sup>32</sup>

In — für österreichische Verhältnisse — einmaliger Einmütigkeit erkannten nun die burgenländischen Deutschnationalen und Sozialdemokraten die Chance, soziale Frontstellungen in der tagespolitischen Auseinandersetzung mit der Christlichsozialen (Bundes-)Partei — die zumindest bis Ende November 1927, als Bundeskanzler Seipel im Nationalratsplenum die Frage der österrei-

30 Ausgenommen sind hiervon die Roma, welche die für den nationalen Differenzierungsprozeß erforderliche soziale Diversifikation nicht aufwiesen.

31 „Unablässig bearbeiten die Madyaren und ihre Anhänger das *Burgenland* [Hervorh. im Orig.], um die Bevölkerung dem österreichischen Staate und der deutschen Kultur zu entfremden. Es ist nicht genug, diesem Land die deutschsprachige Verwaltung zu geben; in geduldiger, zielbewußter kultureller Kleinarbeit muß die Bevölkerung auch seelisch dem deutschen Volke gewonnen werden.“ (Anm. 24)

32 An dieser Stelle möchte ich Frau Franziska Weidinger, geb. Koch (Sigleß), herzlich danken, die mir das Typoskript der von ihrem Großvater Josef Koch verfaßten „Chronik der Familie Koch“ (1983) zur Verfügung gestellt und damit Einblick in die Geschichte nicht nur der Stadt Mattersburg ermöglicht hat.

chisch-ungarischen Grenze als „definitiv bereinigt“ ansah, gegenüber der ungarischen *Irredenta* keine eindeutig ablehnende Haltung einnahm — zur nationalpolitischen Frage zu erheben. Der beharrliche, realpolitisch uneinlösbare und vom Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts<sup>33</sup> aus überdies unberechtigte Anspruch auf Rückgliederung des Burgenlandes spielte in der Folge einer Haltung in die Hände, die all jene diffamierte, die Loyalität gegenüber Ungarn bekundeten. Das galt nicht nur für die Angehörigen der im übrigen sozial höchst heterogenen magyarischen Sprachgruppe, sondern auch für die deutschen Renegaten und vor allem für den Klerus. Die auch ihrer Staatsangehörigkeit nach fast ausschließlich ungarischen Magnaten, die beinahe ein Viertel der burgenländischen Kulturlandschaft bewirtschafteten und im Seewinkel und Heideboden innerhalb ihrer Großbetriebe national einheitliche „Wirtschaftslandschaften“ mit eigenen Schulen unterhielten, konnten dennoch trotz ihrer gewiß nicht gerade österreichfreundlichen Haltung ihre sozialen Positionen<sup>34</sup> behaupten.

Die mangels durchgreifender (Boden-)Reformmaßnahmen fortschreitende Verarmung bzw. Proletarisierung weiter Teile der ländlichen Bevölkerung lieferte dem scharf antimagyarischen Deutschnationalismus der Großdeutschen, (Bauern-)Landbund und Sozialdemokraten, die ihre Wählerschaft auch in den zum Auspendeln gezwungenen bäuerlichen Schichten der nördlichen Bezirke rekruti-

33 Nachdem der ungarische Ministerpräsident István Bethlen, der die Revisionsfrage realistisch im Zusammenhang mit den außenpolitischen Konstellationen betrachtete und sich daher hütete, die irredentistische Propaganda zum offiziellen Regierungsstandpunkt zu erheben, in einer Rede am 18. Oktober 1928 in Ödenburg/Sopron mit dem Hinweis auf das Ödenburger Plebiszit 1921 von der Möglichkeit einer „Befragung“ des burgenländischen Volkes gesprochen hatte, reagierte die deutschfreundliche Presse prompt: „Nichts kann nämlich uns Burgenländern willkommener sein als die Absicht, daß die künftige Grenze gegen Ungarn durch Volksabstimmung festgesetzt werden soll.“ Sofern diese unter korrekten Bedingungen durchgeführt werde, solle sie auch auf beiden Seiten der gegenwärtigen Grenze stattfinden: „Es wäre ja eine schreiende Ungerechtigkeit, daß Ungarisch-Altenburg [Mosonmagyaróvár], Ödenburg, Güns [Köszeg] und St.Gotthard [Szentgotthárd] unerlöst im ungarischen Kerker schmachten sollen, wenn sich das Burgenland mit dem übrigen Österreich an Großdeutschland anschließen.“ (Burgenländische Freiheit, 18.10.1928; vgl. auch: Haslinger, zit., 162f.)

34 „Abgesehen vom Verlust ihrer Adelsprivilegien und ihrem politischen Machtverlust konnten die magyarischen Großgrundbesitzer mit ihren Güter- und Fideikommißrechten ihren sozialen Status im wesentlichen erhalten, da sie nach wie vor kirchliche Patronatsherren, Arbeitgeber Tausender land- und forstwirtschaftlicher Arbeiter, Verpächter von Agrarflächen an viele burgenländische Bauernfamilien, bestimmende Faktoren in der Waldnutzung und Inhaber von Jagd- und Fischereirechten blieben.“; A. Suppan: Die Volksgruppen in Österreich im 20. Jahrhundert. Ihre demographische und gesellschaftliche Entwicklung zwischen nationaler Integration und Assimilation, in: E. Zöllner: Volk, Land und Staat. Landesbewußtsein, Staatsidee und nationale Fragen in der Geschichte Österreichs (= Schriften des Instituts für Österreichskunde, Bd. 43), Wien 1984, 138—167; 151

tieren konnte, die Schlagworte. Auf fruchtbaren Boden fielen diese vor allem bei der im österreichweiten Vergleich sozial klar benachteiligten, häufig aus den übrigen Bundesländern bzw. verlorengegangenen Gebieten stammenden Lehrerschaft, die sich durch die Beibehaltung der ungarischen Schulgesetzgebung bis zum Anschluß 1938, welche die öffentliche konfessionelle (Volks-)Schule klar favorisierte<sup>35</sup>, gegenüber dem geistlichen Vorsitzenden des Schulstuhls (der örtlichen Schulaufsicht) nicht emanzipieren konnte. Der katholische und z. T. auch evangelische Klerus, der mit der Angleichung an das Reichsvolksschulgesetz seine privilegierte Position eingebüßt hätte, fühlte sich nicht zuletzt auch aufgrund der bis 1924 beim ungarischen Patronatsherren liegenden Instandhaltungsverpflichtungen Ungarn verbunden. Die kroatische Geistlichkeit vor allem des südlichen Landesteils fürchtete darüberhinaus, daß mit der sprachlichen Identität der Gemeinde auch deren spirituelle Bindung an die Kirche und damit deren politisches Gewicht im lokalen Bereich verloren gehen könnte. Die Sprachenfrage wurde damit kraft ihrer Gebundenheit an die konfessionelle Volksschule auch im Burgenland zur politischen Frage.<sup>36</sup>

35 In die Republik Österreich wurden 1921 insgesamt 365 Volksschulen übernommen, von denen 232 von der röm.-kath., 64 von der evang. Kirche A.B., eine von der evang. Kirche H.B. und sieben von den israelitischen Kultusgemeinden geführt wurden; dazu kamen sieben vierklassige Bürger-/Hauptschulen, von denen zwei von der Kongregation der Töchter vom Göttlichen Erlöser geführt wurden, und das evang. Gymnasium und die evang. Lehrerbildungsanstalt in Oberschützen. (Vgl.: Alfred Lang: Bildung, Wissenschaft und Forschung. Zwischen burgenländischer Schulschande und Europäischer Friedensuniversität, in: E. Deinhofer/T. Horvath (Hg.): Grenzfall Burgenland 1921—1991, Großwarasdorf/Veliki Boristof 1991, 291—242; 221) Nachdem die von den Großdeutschen, Bauernbund und Sozialdemokraten im Burgenländischen Landtag 1922 beschlossene Annäherung an das österreichische Reichsvolksschulgesetz von 1869, die der Zustimmung des Nationalrates bedurfte, auf Bundesebene (Christlichsoziale und Großdeutsche [!]) abgeschmettert wurde, konnte 1923 allein die bisherige 6jährige Schulpflicht auf 8 Jahre ausgedehnt werden. Am 21. Dezember 1934 beschloß der Burgenländische Ständische Landtag im Rahmen des „Volksschulaufwandsgesetzes“ die (Re-)Konvertierung — beinahe — aller Schulen in konfessionelle Anstalten, wobei das Land für die Entlohnung des Personals aufkam, die Gemeinden den Sachaufwand zu decken hatten. Mit der öffentlichen konfessionellen Schule unterstreiche der autoritäre Staat, so der Berichterstatter Gangl, daß Autorität ausschließlich ihm, der Familie und der Kirche vorbehalten sein. (Stenographische Protokolle der 4. und 6. Sitzung des Burgenländischen Ständischen Landtages, 18./21. Dezember 1934) Den Schutz- und Turnvereinen, deren „Erziehung zu volkstreuher Gesinnung“ neben landeskundlicher Instruktion auch körperliche Hygiene, sprich: „wehrhaftes Turnen“, mitumfaßte, sollte damit der Zugriff auf die Jugend verwehrt und diese in die VF eingebunden werden, wo sie in ihrer Freizeit ebenfalls in den Genuß paramilitärischer, allerdings *vaterländischer* Erziehung kommen sollten.

36 In einem Vortrag über die „Burgenländische Schulschande“ (gehalten bei der Monatsversammlung des ‚Zentrallehrervereins Wien‘ am 20. Mai 1925; Druck: Wien 1925)

Deutsch war nach 1921, „unbeschadet der den sprachlichen Minderheiten bundesgesetzlich eingeräumten Rechte, die Staatssprache des Burgenlandes“ (Landesverfassung, Art. 5). Die innere und äußere Amtssprache bildete auf lokaler Ebene der in Frage kommenden Gemeinden dennoch de facto die jeweilige Minderheitensprache, die sich freilich nicht auf den Status einer *landesüblichen*, im Verkehr mit den Landesbehörden zugelassenen Sprache berufen konnte. Die dem Einfluß der Landesverwaltung weitgehend entzogene konfessionelle, von den Gemeinden selbst finanzierte Schule mit eigener Unterrichtssprache, die zuvor schon im westungarischen Grenzstreifen den Fortbestand der Sprachgruppen ermöglicht hatte, sicherte auch nach 1921 das Überleben der kroatischen und magyarischen Minderheiten. Mit der 2. Verfassungsübergangsverordnung vom 7. Juli 1922 (Zl. 12-531) bestimmte die Burgenländische Landesregierung, daß Deutsch an den konfessionellen Minderheitsschulen (Volksschulen) mit Beginn des Schuljahres 1922/23 ab der 2. bzw. 3. Klasse im Mindestausmaß von 5 Wochenstunden als Pflichtgegenstand zu unterrichten sei.<sup>37</sup> Der burgenländische Landesschulinspektor Hofrat Parr, der 1921 von Landesverwalter Davy mit der Übernahme und Einrichtung der burgenländischen Volks- und Bürgerschulen betraut worden war, streicht in seiner Bilanz zehnjähriger Tätigkeit zurecht die Tatsache heraus, daß es den „kernigen, unbeugsamen Heidebauern und Heinzen, den *Bauern und Arbeitern*“ zu verdanken sei, wenn das Burgenland trotz des starken Magyarisierungseindrucks deutsch geblieben sei, blendet dabei allerdings die ethnopolitischen Zusammenhänge aus, die das Entstehen eines deutschbewußten Bürgertums in den urbanen Zentren Westungarns verhindert hatten, an dem Österreich in nationalpolitischer Hinsicht viel mehr gelegen hätte als an der nachträglich verklärten Landbevölkerung mit ihren niedrigen Bildungsstandards, die bis 1918/19 von der Schutzarbeit des *Vereins zur Erhaltung des Deutschtums in Ungarn* de facto ja auch nicht wahrgenommen worden war. So entspricht es durchaus dem Geiste des ungarischen Systems, den sozialen Aufstieg an nationale Dissimilation zu binden, wenn Parr im Interesse des Fortkommens der kroatisch-

prangert der große Mann der burgenländischen Sozialdemokratie, Landeshauptmannstellvertreter und Schulreferent Ludwig Leser, das konfessionelle Schulwesen Transleithaniens als Werkzeug der magyarischen Herrschicht („Grafen, Großgrundbesitzer, Advokaten“) an, die Herrschaft einer nationalen und sozialen Minderheit mittels gesteuerter Bildungsdefizite zu perpetuieren. Lesers nicht nur parteiideologisch motivierter Deutschnationalismus war durch die genannten sozialen Frontstellungen im Burgenland und deren Projektion auf die nationale und konfessionelle Ebene klar konditioniert. Das in vielen Fällen aus sozialpsychologischen Beweggründen erfolgende Bekennnis zu Ungarn fiel als antiösterreichisch, antidemokratisch und klerikal-konservativ umso leichter dem deutschnationalen Verdikt.

37 Das Minderheitenschulgesetz (Burgenländisches Landesschulgesetz §7, LGBl. 40/1937 [22.9.1937]) schuf zwar die Voraussetzung für die Besoldung Ungarisch und Kroatisch sprechender Lehrer an öffentlichen Volksschulen, trat aber vor 1945 nicht in Kraft.

sprachigen Kinder die Intensivierung des Deutschunterrichts fordert, um die Grundlagen für die Aufnahme der Begabten in die Haupt- und Mittelschulen zu schaffen, in denen die „vollständige Beherrschung der deutschen Sprache gefordert werden muß.“<sup>38</sup> Tatsächlich hatten die Angehörigen der sprachlichen Minderheiten im Burgenland bis 1992 (Volksgruppengymnasium Oberwart) [!] Zugang zur weiterführenden Bildung ausschließlich in Schulen mit deutscher Unterrichtssprache, die Vorgaben des österreichischen Schulwesens, wie sie gerade für das Burgenland Geltung hatten, waren klar: „Nach wie vor gilt es, die heranwachsende Jugend zu *guten Österreichern heranzubilden* [ . . . ] *und sie vor allem auch zu guten, aufrechten Deutschen zu erziehen, die in allen Lagen des Lebens für ihr Deutschtum einzutreten und zu kämpfen bereit sind.*“<sup>39</sup>

Einen „warmen Freund und Helfer“, so der Hofrat, fand die burgenländische Schule im Deutschen Schulverein Südmark, recte: Deutschen Schulverein, der bis 1924 über 100 Schulen mit deutschen Landkarten, Anschauungsbildern, Lehrbüchern, Schulbüchereien und anderen Behelfen für den Unterricht versorgte.<sup>40</sup> Im Kommentar zur Karte „Volkstumspflege durch den Deutschen Schulverein Südmark (1921—1936)“ und „Volksbüchereien, Bauten und Bauunterstützungen des Schulvereins Südmark“ für den sog. „Burgenland-Atlas“<sup>41</sup> verzeichneten Kunnert/Matras bis 1938 „fast 300 Zuwendungsfälle“:

38 Parr, zit., 37

39 Ib., 33; Hervorh. im Orig.

40 Gustav Groß, Obmann des Deutschen Schulvereins. Der Deutsche Schulverein und das Burgenland, in: Der Freie Burgenländer. Festnummer, 16. November 1924, 14

41 Burgenland (1921—1938). Ein deutsches Grenzland im Südosten. [ . . . ], hrsg. v. Fritz Bodo, Wien 1941, 98, Kt. 3/6. Das bereits 1933 begonnene Sammelwerk, an dem unter der Leitung von Univ.Prof. Hassinger 40 „Fachmänner“ mitgearbeitet haben, ist ein Beispiel für das „Aufgehen bzw. lehrbuchhafte Aufgehobensein eines Landes in seinem deutschnationalen Zielland . . .“ (R. Widder: Die ‚Unschuld vom Lande‘ — Argumente gegen die Plötzlichkeit. Eine sozialpsychologische Annäherung an das Burgenland vor 1938, in: Burgenland 1938. Vorträge des Symposions ‚Die Auflösung des Burgenlandes vor 50 Jahren‘ im Kulturzentrum Eisenstadt am 27. und 28. September 1988, red. v. Hans Chmelar (= Burgenländische Forschungen, Heft 73), Eisenstadt 1989, 38—58; 53) Tatsächlich enthält das Werk neben landeskundlichen auch ausreichend anthropologisch-rassenbiologische Informationen, die späteren volkstumpolitischen Maßnahmen „wissenschaftlich“ vorarbeiteten. Der Sachverwalter des VF-Werkes *Neues Leben* Dr. Dechant, der 1927 als Bundesstaatlicher Volksbildungsreferent (Erwachsenenbildung) ins Burgenland gekommen war, beklagte sich in einem Schreiben an Fritz Bodo (Wiener Neustadt; 8. Februar 1937) über die Tatsache, daß die offizielle Bildungsarbeit auf Nebenkarten, die Schutzvereins-Tätigkeiten auf einer „Hauptkarte“ verzeichnet werden. Dechant und der Sachbearbeiter für Bibliotheks-/Archivwesen bei der Kulturabteilung der Burgenländischen Landesregierung, der Südmark-Kreisleitungsobmannstellvertreter Dr. Heinrich Kunnert, hatten eine Art Treuhänderschaft für den Atlas gegenüber der Landesregierung übernommen. (BLA, Deutscher Schulverein Südmark A/1 XXIX: Kulturarbeit)



„In jedem Falle handelt es sich um die Beistellung einer Reihe von Lehr- und Lernmitteln und oft um wiederholte Ausstattung ein und derselben Schule mit Landkarten, Anschauungsbildern und allen Arten von Lehr- und Lernmitteln. Schulinrichtungsgegenstände waren zumeist Schulbänke und -tafeln. Unter den verschiedenen Beihilfen scheinen auf: Nähmaschinen und Puppentheater, Lichtbildapparate und Harmonien, Noten sowie Beschäftigungsmittel für Kindergärten.“

Dazu kamen mindestens 100 Schüler- und Lehrerbüchereien, die mit Buchspenden bedacht wurden.<sup>42</sup>

Der Deutsche Schulverein war bereits im Jänner 1922 in Aktion getreten, indem er die Erfordernisse für die Erneuerung bzw. Einrichtung des burgenländischen Schulwesens feststellen ließ: Gustav Wilscher<sup>43</sup> listet die Punkte auf, die bei der zweifellos mehr als notwendigen Umstrukturierung von Wichtigkeit waren, wobei die Angleichung an das österreichische Reichsvolksschulgesetz und die Kompetenz des zu wählenden Landtags die Grundvoraussetzung hiefür darstellen. Neben der Erweiterung der Schulpflicht auf acht Jahre, der Neugestaltung der Lehrerbildung<sup>44</sup> und -besoldung und der allgemeinen Fortbildung, ne-

42 In einer Hauptleitungs-Sitzung des Deutschen Schulvereins Südmark am 1. Februar 1933 wird der nunmehrige Obmann Dr. Maximilian Mayer von seiner Visite bei Kardinal Innitzer berichten, der ihm versichert habe, sich dafür einzusetzen, daß die lehr- und Lernmittel für die burgenländischen Schulen fortan bei im Besitz der Südmark befindlichen Alpenland-Buchhandlung (Graz) gekauft werden. Im selben Jahr wird sich die Ortsgruppe von Deutsch-Kreutz über die andauernden Quertreibereien des St. Martin (Bezirk Oberpullendorf) Oberlehrers Adalbert Riedl, von dem bereits die Rede war, beschweren und über bevorstehende Ortsgruppen-Gründungen des Katholischen Schulvereins für das Burgenland berichten, was, so befürchtete man, zahlreiche Lehrer veranlassen würde, vom Deutschen Schulverein Südmark abzurücken: Der geschäftsführende Vorstand beschließt daher (37. Sitzung, 23.8.1933), wieder einmal bei Kardinal Innitzer vorsprechen zu lassen. (Allgemeines Verwaltungsarchiv [AVA]: Protokolle Deutscher Schulverein Südmark/1933. Über Zustandekommen und Ergebnis dieser Versprache ist uns nichts bekannt.)

43 Schul- und Bildungsaufgaben, in: Burgenland. Festschrift aus Anlaß der Vereinigung des Landes der Heidebauern und der Heinzen mit Deutschösterreich [sic], hrsg. v. Dr. E. Stepan. Mit einer dreifarbigem Kunstbeilage, einer Karte und 122 in den Text gedruckten Abbildungen (mit Unterstützung des Staatskanzlers, den Staatsämtern für Finanzen und Inneres), Wien 1922, 80—86

44 Die Lehrerausbildung sollte freilich unter staatlicher Aufsicht vereinheitlicht werden, um auf diese Weise die Loyalität sicherzustellen: Als Lehrer an den magyarischen Minderheitsschulen sollten — laut Wilscher — auch deutsche Lehrer aus dem Burgenland in Verwendung kommen, in den kroatischen Minoritätsschulen hingegen werde man, da die Schriftkroatisch sprechenden deutschen Lehrer das Burgenlandkroatische nicht beherrschen, auf kroatische Lehrerschaft zurückgreifen müssen, „für deren Ausbildung in der oben erwähnten Art auch Sorge zu tragen ist.“ (Wilscher, 85)

ben der Neudefinierung der Lehrstoffe und der Bestimmung der neuen Lehr- und Lernmittel steht freilich die Frage der Staats- und Gemeindeschulen, die in Landesschulen umzuwandeln seien, und der konfessionellen Volksschulen. Für diese hält Wilscher zwei Vorschläge parat, wonach sie

a) aufgelöst werden, was pädagogisch die beste Lösung sei, allerdings bei den Religionsgemeinschaften zu Verstimmung führen und das Problem der Erhaltung der Gebäude, das zu jenem Zeitpunkt noch bei den ungarischen Patronatsherren lag, keiner Lösung zuführen würde;

b) als solche vorerst bestehen bleiben und nur allmählich umgewandelt werden. Dabei beruft sich Wilscher auf Paragraph 4 der Bestimmungen über das Verhältnis der Schule zur Kirche (RGBl. Nr. 48, 25. 5. 1868), der Privatschulen zuließ, die unter staatlicher Aufsicht standen und Subventionen erhielten. Die zumindest teilweise finanzielle Entlastung der (Schulstuhl-)Gemeinden würde im wahrsten Sinne des Wortes Schule machen. Für die wichtigen „Aufsichtsposten“ der Landesschulinspektoren kamen ohnehin — und besonders für Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache — nur Fachmänner „aus der vertrauenswürdigen deutschen Lehrerschaft des Burgenlandes“ in Frage, wobei sich, wie angedeutet, die Aufsicht in den kroatischen Schulen schwierig gestaltete, weil traditionell Lehrer kroatischer Abstammung angestellt wurden, Schriftkroatisch sprechende deutsche Lehrer jedoch die burgenländische Variante nicht beherrschten. Die gegenüber dem (kroatisch-)jugoslawischen „Mutterland“ sprachlich-ethnische Sonderstellung der burgenländischen Kroaten wurde auch in der Folge immer wieder herausgestrichen, wobei die politisch-ideologische Polarisierung der nicht geschlossenen siedelnden Volksgruppe die Bildung einer regionalen nationalen Kohäsion ohnehin verhinderte. Vor allem die in die niederösterreichischen und Wiener Industriezentren auspendelnden und daher zumeist sozialdemokratisch orientierten, „deutschfreundlichen“ Kroaten im Norden des Landes suchte man mit dem Hinweis auf den sozialen Fortschritt ihrer ethnischen Identität zu entfremden. (Unwillkürlich drängt sich der — allerdings unhaltbare — Vergleich mit Südkärnten auf, wo die unter massivem ethnopolitischem und sozialem Assimilationsdruck stehenden „Winden“ überhaupt gleich dem „deutschen Kulturkreis“ zugeschlagen wurden.)

Als „Krone der Tätigkeit“ des Deutschen Schulvereins Südmark im Burgenland „ist wohl das wertvolle Geschenk zu betrachten, das der [Schutzverein] der deutschen Bevölkerung von Oberpullendorf, die bisher einer deutschen Schule entbehren mußte, durch die Erbauung der monumentalen Joseph Haydn-Schule gemacht hat [. . .] Diese Schule, ein moderner Zweckbau, der allen Anforderungen entspricht, enthält zwei Klassenzimmer, einen Kindergarten, einen modern eingerichteten Turnsaal mit Duschanlagen, der gleichzeitig allgemeinen Volksbildungszwecken nutzbar gemacht wird, ein Planschbecken im Schulhof und einen großen Schulgarten. Wohl haben zum Bau auch die Gemeinde, das Land und der Bund namhafte Summen beigetragen, aber alle Sach- und die Hälfte der Personalauslagen werden vom Schulverein allein bestritten. Das Zustandekommen die-

ses stolzen Werkes ist in erster Linie das Verdienst des verehrungswürdigen langjährigen Obmannes des Vereines, des Herrn Präsidenten Univ.Prof. Dr. Gustav Groß, der sich um den Schutzvereinsgedanken die allergrößten Verdienste erworben hat und dem an dieser Stelle für das deutsche Bollwerk, das der Verein in Oberpullendorf geschaffen hat, und für alle Unterstützungen und Förderungen, die der Verein der burgenländischen Schule mit warmfühlendem Herzen angedeihen ließ, ein herzliches ‚Vergelts Gott!‘ zugerufen sei.“<sup>45</sup>

Der Deutsche Schulverein Südmark, die Elternvereinigung und Vertreter der Gemeinde hatten — mit Unterstützung des christlichsozialen Landeshauptmannes Rauhofer — beim Bundespräsidenten die Bitte um Gewährung einer Bundessubvention eingebracht und eingehend begründet. Unterrichtsminister Schmitz referierte am 25. November 1927 im Ministerrat die Eingabe. In der Gemeinde Oberpullendorf bestand nach der Landnahme eine zweiklassige röm.-katholische Volksschule mit ungarischer Unterrichtssprache bei fünfständigem Deutschunterricht, wobei die infolge der Einrichtung der Bezirkshauptmannschaft und diverser Bundesbehörden ansässigen schulpflichtigen deutschsprachigen Beamtenkinder (ca. 60) in einer 1922 von der Landesregierung geschaffenen deutschen Klasse unterrichtet wurden. Da sich der Schulstuhl weigerte, die räumlichen Voraussetzungen für eine dritte Klasse zu schaffen, die politische Gemeinde hierzu allein nicht über die nötigen Mittel verfügte, andererseits der Wechselunterricht den Anforderungen moderner Didaktik nicht entsprach und die Lehr- und Lernmaterialien teils beim Lehrer, teils beim Bezirksschulinspektor untergebracht werden mußten, kommt Schmitz zu dem Schluß: „Eine entsprechende Vorsorge für die Kinder der deutschen Beamten, die meist aus Wien oder sonst aus anderen österreichischen Bezirksorten mit guten Schulen nach Oberpullendorf kamen, erscheint ein dringendes Gebot. An den Baukosten würden sich nach dem Berichte des Deutschen Schulvereins [Südmark] sowohl dieser, als auch die burgenländische Landesregierung und die Gemeinde Oberpullendorf beteiligen, es fehlt aber zu einer entsprechenden Durchführung des Projekts noch ein Betrag von ca. 50.000 S.“ Schmitz trat nun dafür ein, dem Deutschen Schulverein Südmark als Bauherrn und Schulerhalter einen Betrag von 15.000 S zur Verfügung zu stellen unter der Voraussetzung, daß die sonst erforderlichen Mittel sichergestellt werden.<sup>46</sup>

Die ehemals kleingelagerten bäuerlichen Bewohner der ungarischen Sprachinseln in der Oberen Wart (Ober-/Untervart, Siget in der Wart) und um Oberpullendorf (Ober-/Mitterpullendorf) bildeten mit ihrem traditionell ständisch geprägten nationalen Bewußtsein innerhalb der magyarischen Minderheit im Burgen-

45 Parr, zit., 16

46 Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abt. V, Kabinett Dr. Ignaz Seipel, Bd. 2, Wien 1986; Beilage A zum Punkt 2 des Protokolls, 131; ebenso: Situationsbericht für die Hauptleitung des Schutzvereins in Wien (6. Jänner 1937); BLA, Deutscher Schulverein Südmark XXV/35: Schulunterstützungen

land in der Zwischenkriegszeit eine weitgehend stabile Gruppe. Sie stellten — mit Ausnahme der Gemeinde Jabing (Oberwart) — die jeweilige Bevölkerungsmehrheit<sup>47</sup> und sicherten sich auch angesichts der Zuwanderung deutscher Handels- und Gewerbebevölkerung sowie der wachsenden demographischen Bedeutung der deutschsprachigen Administration dank ihres land- und forstwirtschaftlichen Besitzes und ihrer Schulen mit ungarischer Unterrichtssprache ihren politischen Einfluß im Gemeindebereich. Sie konnten allerdings infolge der konfessionellen Bindungen (katholisch, evangelisch und calvinistisch), die wohl den Zusammenhang innerhalb des Dorfes („Dorfethnos“) stärkten, nach außen hin aber als Schranken wirkten, kein über den lokalen Bereich hinausgehendes ethnisches Zusammengehörigkeitsgefühl entwickeln.<sup>48</sup>

Die Schülerzahl der deutschen Klasse an der konfessionellen Oberpullendorfer Volksschule war zwischen 1922 und 1928 — im Schuljahr 1928/29 wurde die neue Joseph Haydn-Schule eröffnet — von 38 auf 74 gestiegen. Diese beinahe hundertprozentige Steigerung wertet der Obmann des Schulausschusses, Tierarzt Dr. V. Mayer, in seinem Bericht an die Hauptleitung des Deutschen Schulvereins Südmark<sup>49</sup> als besonders erfreulich, zumal „die Gegensätze zwischen der ortsansässigen magyarischen oder magyarophil eingestellten Bevölkerung und den deutschen Zuwanderern, meist Beamten und Gewerbetreibenden, es in den ersten Jahren nach der Landnahme auch den dem deutschen Volksstamme nahestehenden Kreisen erschwerten, ihrer Einstellung, wenn auch nur gefühlsmäßig [,] nachzugeben und ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken.“ Ob jemand dem „deutschen Volke“ zuzuzählen war, stellte man anhand des Familiennamens bzw. der Herkunft der Mutter fest. Die meisten der ihrem deutschen Volkstum „Entfremdeten“ konnten jedenfalls in „zielbewußter völkischer Kleinarbeit“, bei der sich vor allem die Lehrer hervortaten, dafür gewonnen werden, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken. Angesichts der Schülerzahl von 195 im Jahr 1936 ergebe sich nun die Notwendigkeit, die Schule um zwei Klassenzimmer zu erweitern, wenn die „einzige deutsche Schule in unserer Ostmarksiedlung Oberpullendorf“ auch weiterhin ihren „Zweck“ erfüllen soll. In Anbetracht des in einigen — nicht näher präzisierten — Schuljahren sehr hohen prozentualen Anteils von Kindern magyarischer Eltern (70%) [!] dürfte zumindest einer der „Zwecke“ jedenfalls nicht verfehlt worden sein. Zwar vermochte die Schule in die mit dem Mutterland auch in kulturellem Kontakt (Höheren Schulen, Universitäten) stehenden ungarischen — bäuerlichen — Kernschichten kaum einzubrechen, sozia-

47 In der Gemeinde Oberpullendorf kamen laut Volkszählung 1923 (Frage nach der „Denksprache“) auf 951 Einwohner 752 Magyaren, 181 Deutsche, 15 Kroaten; 1934 („Sprache, deren Kulturkreis der Befragte sich zugehörig fühlt“; Wohnbevölkerung: 1346, davon Inländer: 1273): 774 Magyaren, 463 Deutsche, 6 Kroaten

48 Vgl. dazu: Nikolaus Bencsics: Bildung als Identitätssuche, in: G. Baumgartner/E. Müllner/R. Münz (Hg.): Identität und Lebenswelt. Ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt im Burgenland, Eisenstadt 1989, 63—86; ebenso: Suppan, zit., 151

49 Anm. 44

le und wirtschaftliche Erwägungen bewogen jedoch zumindest die ungarischen Gewerbetreibenden, die Wettbewerbsnachteile bei mangelhafter Kenntnis des Deutschen befürchteten, ihre Kinder ausschließlich in deutscher Sprache unterrichten zu lassen.<sup>50</sup> Zieht man auch die im Schuljahr 1936/37 aus gemischtsprachigen Familien („mit deutschblütigen Müttern“) stammenden Kinder, die zusammen mit den rein deutschen Kindern 60% der Schüler ausmachten, in Betracht, so ist es wohl nicht übertrieben polemisch, zu behaupten, die Joseph Haydn-Schule sei bewußt, d. h. *auch* mit assimilationistischen Absichten, in eine ungarische Sprachinsel gestellt worden.

Zurecht hatte Heinz Vogl bereits 1936 bemerkt: „Im Bezirk Oberpullendorf tritt von allen Verwaltungsbezirken des Burgenlandes der Grenzlandcharakter dieses Landes am deutlichsten zu Tage.“ Das hier angedeutete nationale Gefahremoment lag allerdings weit weniger in der zum ungarischen *Kulturkreis* sich bekennenden bäuerlichen Bevölkerung des Bezirks als vielmehr in dem durch die „handels- und verkehrspolitische Widersinnigkeit des Ödenburger Korridors“ bedingten Verlust der traditionellen Märkte Ödenburg, Güns und Steinamanger/Szombathely, der das davon betroffene Gewerbe für die revisionistische Propaganda potentiell empfänglich machte. Diese wurde — naturgemäß — von der dünnen magyarophilen Intelligenz (Geistlichkeit<sup>51</sup>, Lehrer<sup>52</sup>) und den in den Esterházy'schen Betrieben (mit ungarischer „Amtssprache“) beschäftigten Beamten und Förstern getragen, die sich dabei wiederum auf ihr soziales Prestige bei der z. T. wirtschaftlich abhängigen Bevölkerung stützen konnten. Zudem gerierten sich — so Vogl — viele ehemalige Magyaronen als vaterländische Parteigänger und konnten gegenüber jenen auf der Strecke gebliebenen „Anschlußbe-

50 Heinz Vogl: Bericht über meine Wahrnehmungen in Stoob, Bgld. (Bezirk Oberpullendorf in der Zeit vom 10.7.—7.8.1936); BLA, Deutscher Schulverein Südmark XXI A/1: Organisation

51 Die Pfarrer standen daher der ausnahmslos *antiklerikal* inspirierten Schutzarbeit zu meist ablehnend gegenüber und versuchten jene Lehrer, die sich in diesem Sinne — etwa als Ortsgruppenfunktionäre — engagierten, einzuschüchtern, zumal ja einseitiges Abhängigkeitsverhältnis durchaus bestand.

52 Hingegen war die Lehrerschaft an den deutschen Schulen „zum großen Teil volksdeutsch“ eingestellt. „Die älteren Lehrkräfte, die nach dem Anschluß ins Land kamen, darunter manche Sudetendeutsche [galt auch für die Polizei und Gendarmerie], sowie der burgenländische Nachwuchs sind ungarisch-revisionistischen Tendenzen nicht zugänglich.“, Vogl, zit.; Sudetendeutscher ist auch der Held in Bernhard Wilhelms Neureiters „Die bessere Zeit. Roman aus dem Burgenland“ (Kirchschlag/Bucklige Welt 1928; eingeleitet von Landeshauptmann Anton Schreiner), in dem sich auf emotionaler (beinahe unmögliche Liebe des Lehrers zur Tochter seines magyarophilen Vorgängers) und sozialer Ebene (Wolfgang Freimut [!] profiliert sich auch gegenüber dem kroatischen Schulstuhlvorsitzenden) die geistige Angliederung des neunten Bundeslandes idealiter nachvollzieht. Die „bessere Zeit“, so geht klar aus dem Roman hervor, liegt dennoch in jener Zukunft, in der das Burgenland Teil des Großen Deutschen Reiches sein wird.

fürwortern“, die ihre neue politische Heimat in der *nationalen Opposition* gefunden hatten, auch politischen Einfluß ausspielen.<sup>53</sup> Dem hatte neben der schulischen (kulturellen) und wirtschaftlichen Schutzarbeit die „dauernde<sup>54</sup> Ansiedlung der Beamtenfamilien“ entgegenzuwirken, für die ohnehin Bund und Land sorgten. Allerdings: „Eine kulturelle und geopolitische Schulungsarbeit könnte [ . . . ] ein übriges dazu tun, die Beamtenschaft zu Kulturträgern und Wahren des volksdeutschen Gedankens in dieser magyrischen Grenzwächtersiedlung [i.e. die Bezirke Oberwart und Oberpullendorf] zu machen.“<sup>55</sup>

Zum ersten Mal kam die Schutzvereinsschule, wohl bedingt durch die beachtlichen Erfolge der NSDAP bei den Gemeinderatswahlen im Mai 1931 und die im darauffolgenden Jahr verzeichneten Ausschreitungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten<sup>56</sup>, 1932 ins Gerede. In der 42. Sitzung des Burgenländischen Landtages (16.—17. Dezember 1932) meldete sich der Heimwehler Bächler, Lehrer aus dem Bezirk Jennersdorf, zu Wort:

„Meine Herren, wir haben heute vormittag gesehen, daß der ganze Weg zum Landhause mit Hakenkreuzen bestreut war. Wie auf einem Teppich sind wir gegangen. Das will andeuten, daß einige kleine Herren mit großen Mäulern in der Zukunft hier diktieren wollen. [ . . . ] Was [ist] mit der Südmarkschule in Oberpullendorf [ . . . ], denn wenn die Regierung selbst solche Kuckuckseier hingibt und ausbrütet, so werden sie eben mit der Zeit hereinspazieren. [Rufe links: Da haben wir keine Angst!] Ich möchte daher den Herrn Landesschulreferenten aufmerksam machen, daß sehr viel unter der Lehrerschaft gemunkelt wird. Was daran wahr ist, weiß ich nicht. Dort war eine Stelle zu besetzen. Es haben mehrere Kollegen eingereicht, darunter auch einer, der als Rangältester doch einen Anspruch gehabt hätte. Es ist aber seitens des Landesschulinspektors abgewunken worden,

53 Ebenfalls Sorgen bereitete die im autoritären Österreich mögliche Bestellung eines kroatischen Schulinspektors, dessen Bedeutung für die Nationalisierung der kroatischen Schule jedenfalls kräftig überschätzt wurde. Kroaten waren, so hieß es offiziell in einem Schreiben der Wiener Hauptleitung des Deutschen Schulvereins Südmark an die Kreisleitung Burgenland (29.10.1937), von der Mitgliedschaft ausgeschlossen, „bei Familien, die aus Mischehen entstanden sind, wird es darauf ankommen, zu welchem Volk sich der Einzelne bekennt.“

54 In der Tat pendelten Beamte häufig zwischen ihrem Wohnort (Wien, Niederösterreich, Steiermark) und dem Burgenland bzw. suchten nach einer bestimmten Zeit um Versetzung an.

55 Eine „rassische Gefahr“ für die „deutsch aussehende“, d. h. magyrisierte „Stammbevölkerung“ des Bezirks Oberpullendorf bilden die Roma, deren hohe Geburtenzahl in der Vermischung mit der (rassisch) deutschen Bevölkerung liege; „Blonde Zigeunerkin-der sind leider keine Seltenheit mehr.“ [!] Eifrige Aufklärungsarbeit habe daher dem drohenden Einbruch des Zigeunerstammes in die deutsche Bevölkerung gegenzusteuern.

56 Dazu: Felix Tobler: Zur Frühgeschichte der NSDAP im Burgenland (1923—1933), in: Burgenland 1938, zit., 82—95; 90ff

daß es aussichtslos ist, dort in diese Hakenkreuzlerschule zu kommen, denn daß sie das ist und auch die Südmark ähnlich eingestellt ist, glaube ich, nicht näher begründen zu müssen. Ich hätte viele Begründungen dafür, daß die Südmark nicht mehr ihr ursprüngliches Programm und ihren Zweck erfüllt.“<sup>57</sup>

Lehrer wie auch Schulinspektor hatten zur „Nazischule, die von der Regierung mit jährlich 8.000 S unterstützt wird“, keinen Zutritt, das wog für Büchler umso schwerer, als für katholische Schulen und vor allem für das Lehrpersonal nicht genügend Geld vorhanden war. Der angesprochene Landesrat, der Christlichsoziale Johann Wagner, teilt die Bedenken seines Parteikameraden, die Haydn-Schule würde ihrem Namen nicht gerecht, und das Land müsse sich bemühen, die Anstalt zu übernehmen, „um dort in verschiedener Hinsicht Ordnung zu machen“. Freilich habe die „Südmark“ als Schulerhalter das Recht, die Stellen nach eigenem Gutdünken zu besetzen, dennoch habe Wagner gleich nach Übernahme des Schulreferats bei dem Wiener Obmann des Vereins vorgesprochen und ihn gebeten, schon um des Namens Haydn willen, die Posten mit tüchtigem und womöglich burgenländischem Personal zu besetzen.

Am 4. Oktober 1932<sup>58</sup> hatte eine Verhandlungsrunde zwischen der Landesregierung, vertreten durch Walheim, Leser und Wagner, und dem Schutzverein, vertreten durch Erwin Barta, stattgefunden, wobei die Positionen schnell abgesteckt waren: Der Deutsche Schulverein Südmark forderte, daß die seit 1931/32 dreiklassig geführte Schule mit 1. Jänner 1933 in Landesverwaltung übergehe und die Landesregierung die entsprechende Summe in den Voranschlag 1933 einsetze sowie den Termin für die technischen Vorarbeiten bekanntgebe. Daraufhin winkt die burgenländische Delegation ab, da für die Übernahme am 1. Jänner 1933 keine Mittel vorhanden seien. Die Lehrerschaft könne überhaupt nicht übernommen werden, was jedoch für den Schutzverein kein Problem darstelle, der später, als das Land weiter verzögert, mit deren angeblich bereits erfolgten Entlassung Druck zu machen versucht.<sup>59</sup> Im wesentlichen ging es darum, daß der Deutsche Schulverein Südmark den „deutschen Charakter der Schule“ und die Instandhaltung auf Kosten des Landes sicherzustellen sowie die Räumlichkeiten (inklusive Turnsaal) für Veranstaltungen und Einrichtungen der Ortsgruppe (Bücherei, Mutterberatung, Jugendfürsorge, gewerbliche Fortbildung, Deutscher Turnverein Oberpullendorf) freizuhalten bemüht war. Das Land wiederum war an der Fortführung einer deutschen Schule in Oberpullendorf zweifellos interessiert — der Deutsche Schulverein Südmark drohte sogar, die Anstalt über das Schuljahr

57 Stenographische Protokolle des Burgenländischen Landtages, IV Wahlperiode, 5.12.1930—16.10.1934, 1.—66. Sitzung

58 Der Beschluß des Deutschen Schulvereins Südmark, die hohe Erhaltungskosten verschlingende Schule an das Land „abzuwälzen“, wurde in der Vorstandssitzung vom 4. Februar 1931 gefaßt. (Grenzland, 1931/Folge 3, 56)

59 BLA/Landesschulbehörde (=Landeshauptmannschaft-Schulbehörde), Gruppe VII, 3778/57: Schreiben der Landesregierung vom 22.12.1932 (Zl.X-2428/32), Schreiben des Deutschen Schulvereins Südmark vom 12. Jänner 1933; Zl.IV/a-195/2,3,4 1933

1932/33 hinaus nicht weiterführen zu wollen<sup>60</sup> —, beschloß dennoch erst am 9. August 1933 (Zl. IV/a 1486/15) die Übernahme gegen den jährlichen Anerkennungsins von 10 S mit Beginn des Schuljahres 1933/34.

Wie sehr sich die Schule der Kontrolle durch das Land auch weiterhin entzog, mag aus dem Briefwechsel des Oberlehrers Franz Groß mit dem stellvertretenden Obmann der Kreisleitung Burgenland (ab Mitte März 1937), Dr. Kunnert, erhellen, in dem jener sich besorgt zeigt über Gerüchte, wonach der Deutsche Schulverein Südmark als „Nazi-Organisation“ kurz vor seiner Auflösung stehe, was bedeute, daß „sich die Meinung des Landeshauptmannes und anderer Herren ganz gründlich geändert“ haben müsse, und schließlich könne man doch den Mitgliedern und Mitarbeitern keinen Strick aus ihrem Engagement für das Volkstum drehen.<sup>61</sup> Kunnert spricht in seiner Antwort (3. 4. 1937) von „haltlosen Gerüchten“ und schließt damit im Grunde genommen nur aus, daß das Vaterländische Regime die Überparteilichkeit der Ende 1936 gezählten 102 burgenländischen Ortsgruppen des Schutzvereines in Frage stellen könne. Tatsächlich dürfte deren nationalsozialistische Penetration bis Ende 1937 bereits weit fortgeschritten gewesen sein<sup>62</sup>, und Groß, der um seine berufliche Existenz fürchtete, deutet an, was ja auch das Dilemma der offiziellen Stellen im Umgang mit der *nationalen Opposition* bildete: nämlich einen klaren Trennungsstrich zwischen dem Bekenntnis zur nationalsozialistischen *Weltanschauung* und parteipolitischem Engagement

60 Der Deutsche Schulverein Südmark, der über die Zusammensetzung des Oberpullendorfer Gemeinderates genau informiert war (6 Magyaren: „unzuverlässig“; 3 „verlässliche deutsche Gemeindevertreter“) führte als weiteres Druckmittel die Deutsche Studentenschaft Kreis 7 (Bayern) an, die Interesse an der Schule gezeigt habe. (Außerordentliche Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes am 6. 2. 1933 und Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes am 5.4.1933; AVA: Protokolle Deutscher Schulverein Südmark/1933)

61 BLA, Deutscher Schulverein Südmark A/1 XXVI: Sicherheitsdirektion; ebenso Dr. Renner (Ortsgruppen-Obmann von St. Martin) an Kunnert vom 7.4.1937, ib.

62 Vor allem das während der *Systemzeit* auch nach dem Juli-Abkommen nicht unerhebliche persönliche Risiko nationalsozialistischer *parteilichtischer* Agitation dürfte so manchen Schutzvereins-Exponenten in den Ortsgruppen bewegen haben, seine Funktionen zurückzulegen. So etwa im Fall des Lehrers und Golser Ortsgruppen-Obmannes Matthias Dingelmaier, der sich in einem Schreiben an die Hauptleitung (12.1.1938) darüber beklagt, daß alle politischen Zwischenfälle dem Deutschen Schulverein Südmark angelastet würden und ihm als öffentlich Bedienstetem der Vorwurf gemacht werde, seine Ortsgruppe bestehe zu 90% aus Nationalsozialisten. Für die satzungsmäßige Tätigkeit finde er „bei einer großen Zahl der Mitglieder“ auch kein Verständnis. (BLA, Deutscher Schulverein Südmark A/2 XXI: Organisation). Als unmittelbar nach dem Anschluß das Denunziantentum einsetzte, wurde hingegen die Ortsgruppe Kittsee von der Kreisleitung Burgenland aufgefördert, die Namen jener Mitglieder bekanntzugeben, die sich der nationalsozialistischen Bewegung „entgegengesetzt“ hatten, was darauf schließen läßt, daß analoge Fälle der offenen Gegnerschaft sehr selten gewesen waren. (ib.)



stricto sensu zu ziehen, welcher Umstand dadurch erschwert wurde, daß der formale Beitritt zur illegalen NSDAP — zumal bei öffentlich Bediensteten — mehr die (seltene) Ausnahme denn die Regel bildete. Denn daß Groß der Bewegung nahestand, darüber kann es wohl keinen Zweifel geben angesichts der Tatsache, daß Sohn Kurt (\*1912 im böhmischen Harrachsau) 1937 bereits eine nicht unbeträchtliche Karriere hinter sich hatte: nach der Matura in Graz/Liebenau (1930) schloß sich der Jus-Student in Wien der *Vereinigung deutscher Hochschüler aus dem Burgenland*, aus der ein Großteil der späteren burgenländischen NS-Führungsränge hervorging<sup>63</sup>, an, war Mitglied des *Deutschen Turnvereins* (Oberpullendorf) und trat 1932 dem *NS-Studentenbund* bei. Der SS-Scharführer (seit 1933) half beim Aufbau der NSDAP im Bezirk Oberpullendorf mit (1934 Mitglied der VF), avancierte 1935 zum Bezirksführer der SS-Oberpullendorf, 1936 zum Gaugeschäftsführer der NSDAP und bekleidete vorübergehend sogar das Amt des Gauleiterstellvertreters.<sup>64</sup>

Die Landesregierung arbeitete im Schulbereich, und besonders im „national bedrohten Gebiete“, wo es aufgrund innen- und außenpolitischer Konstellationen nicht angeraten schien, sich allzu sehr zu exponieren, auch nach 1933/34 mit dem Deutschen Schulverein Südmark zusammen, dessen unentbehrliche nationalpolitische Verdienste im Grenzland und zugunsten der Auslandsdeutschen die politischen Eliten Österreichs ja durchwegs anerkannten. Die Landesschulbehörden übermittelten dem Schutzverein alljährlich die Aufstellung jener Schulen und Kinder im Burgenland, die damit für die bereits seit den 20er Jahren durchgeführte sog. Weihnachtsbescherung vorgeschlagen wurden. Damit begab sich das Regime nicht nur in die Schuld einer der „unter der Maske von kulturellen und sportlichen Zwecken getarnten staatsfeindlichen Organisationen“<sup>65</sup>, sondern gibt angesichts hilfsbedürftiger Kinder, die nicht einmal Hefte anschaffen konnten, unzureichend gekleidet und ohne Gabelfrühstück in die Schule kamen, auch gleich sein eigenes Versagen zu.<sup>66</sup>

63 So etwa der spätere Gauleiter des Burgenlandes (März-Oktober 1938) und Gauleiter-Stellvertreter der Steiermark Dr. Tobias Portschy, dessen Studienaufenthalt in Göttingen (1928) möglicherweise durch den Deutschen Schulverein Südmark ermöglicht wurde (vgl.: Pock, zit., 88).

64 Gerald Schlag et al.: Burgenland. Geschichte, Kultur und Wirtschaft in Biographien. XX. Jahrhundert, Eisenstadt 1991, 103

65 So forderten die burgenländischen vaterländischen Verbände die Auflösung des Turnerbunds 1919, des Deutschen Schulvereins Südmark „und dgl.“; Reichspost Nr. 87 vom 8.2.1934, zit.: Protokoll der Außerordentlichen Sitzung des geschäftsführenden Vorstands vom 11. Feber [1934], 10 Uhr vormittags (AVA: Protokolle Deutscher Schulverein Südmark/1934)

66 Kunnert hielt jedoch in einer Note an die Hauptleitung auch fest, daß z.B. die Siegen-dorfer (Minoritäts-)Schule von nur etwa 10 bis 15 deutschen Kindern besucht werde und der Direktor zu instruieren sei, „vornehmlich deutsche Kinder zu betei-len“ und das Paket dementsprechend zu gestalten [!] (BLA, Deutscher Schulverein Südmark A/1

Bereits 1924 hatte die Südmark auf ihre volkserzieherische Tätigkeit<sup>67</sup> und Einflußnahme auf die wirtschaftliche Entwicklung hingewiesen<sup>68</sup>. Neben der Werbung in Österreich und Deutschland und der Organisation von Burgenland-Fahrten zur Hebung des Fremdenverkehrs<sup>69</sup> wurden durch Erfassung von Anschriften wirtschaftliche Kontakte vermittelt. Weiters suchte man seit den 20er Jahren, auswanderungswillige „burgenländische Hände“ auf dem heimischen Arbeitsmarkt unterzubringen und allgemein bei Stellenbesetzungen zugunsten deutscher Bewerber gegenüber „völkisch unzuverlässigen“ zu intervenieren. Dieser Aspekt der Schutzarbeit erlangte in den 30er Jahren, als im Zuge der Weltwirtschaftskrise auch die (agrar-)proletarischen Bevölkerungsschichten des Burgenlandes zur NSDAP stießen, jedoch durchaus parteipolitische Relevanz, zumal der Deutsche Schulverein Südmark — im Einvernehmen mit der österreichischen und deutschen Regierung — eine Kartei der Arbeitslosen einrichtete, die über die *Werbestelle der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung Wien*<sup>70</sup> als (Land-)Arbeiter ins Reich geschickt wurden und dort in ihrer Freizeit „völkisch geschult“ wurden.<sup>71</sup>

XXX: Weihnachtsbescherung). „Zu den Weihnachtsbescherungen ist zu sagen, daß sie [ . . . ] kulturell wertvoll und notwendige wirtschaftliche Winterhilfe sind.“ — So der Kommentar zu Karte 3 (98) im Burgenlandatlas.

- 67 Mit der „Beeinflussung der Kinder in der Schule“ war es freilich nach 1918 allein nicht mehr getan: Die deutsche Erziehung der Schulpflichtigen „muß wesentlich ergänzt werden durch dauernde Beeinflussung auf Grund der planmäßigen Erwachsenenbildung auf den verschiedenen Gebieten.“ (Von der Kulturarbeit des Deutschen Schulvereins Südmark, ungez., in: Grenzland, 1931/Folge 1, 9f.) Neben der Einrichtung und Erhaltung von Volksbüchereien (Stand- und Wanderbücherein; vgl. Burgenland-Atlas 6/98) wurden Volkslieder- und Heimatabende, Volks- und altdeutsche Mysterienspiele, Vorträge, Reigentänze und Kasperlspiele für Kinder veranstaltet.
- 68 F. Matras: Von der Südmark, in: Der Freie Burgenländer Festnummer, 16. November 1924, 13f.
- 69 „Wenn es [das Burgenland] heute zu den bestbekanntesten deutschen Landstrichen zählt und hunderte und tausende Besucher empfangen kann, so ist das zweifellos auch eine erfreuliche Auswirkung der von unserem Schutzverein getragenen weitausgreifenden Werbearbeit.“ (Der Deutsche Schulverein Südmark und das Burgenland, ungez., in: Burgenländische Wacht, 27. September 1931, 2) Stellvertretend sei der von Max Hoffer verfaßte, im Verlag der Alpenland-Buchhandlung Südmark (Graz) erschienene Reiseführer „Das Burgenland“ genannt.
- 70 Die mit den österreichischen Landesarbeitsämtern kooperierende reichsdeutsche Werbestelle vermittelte die im Reich benötigten österreichischen Arbeitskräfte.
- 71 In einem Schreiben der Haupt- an die Kreisleitung (2. März 1937) wird mitgeteilt, daß der Landesverband Sachsen des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA), der das Burgenland vom Reich aus offiziell betreute, Interesse angemeldet habe, zweitausend burgenländische Arbeiter „völkisch [zu] schulen“; BLA, Deutscher Schulverein Südmark A/1 XXXIV: Wirtschaftliche Schutzarbeit. Unter dem Titel „Merkwür-

Das Burgenland wurde nach dem Verlust der Ödenburger Volksabstimmung von Wien (nördlicher und mittlerer Landesteil) und Graz aus betreut. Der bereits mehrmals genannte Dr. Heinrich Kunnert, Beamter der Landesregierung<sup>72</sup>, löste in den 30er Jahren den in der Wiener Hauptleitung mit der Burgenlandarbeit betrauten Georg Harth ab und versah bis zur Gründung einer eigenen Kreisleitung Burgenland<sup>73</sup> am 14. März 1937 die Funktion eines von der Hauptleitung *Beauftragten für das Burgenland*. Nun waren die Zeiten im autoritär regierten Österreich auch für den (bis 1936) *statutengemäß* für den Anschluß an das Deutsche Reich eintretenden Schutzverein zunehmend härter geworden, seine Existenz als unpolitische Körperschaft wurde dennoch von offizieller Seite niemals öffentlich in Frage gestellt. Die aktive *und* passive Rolle deutschvölkischer Verbände in der nationalsozialistischen — *evolutiven* — Unterwanderungstaktik

diges aus dem Burgenland” stellte man sich im „Sturm über Österreich” (12. Folge/28. März 1937) in diesem Zusammenhang die rhetorische Frage nach der Sinnhaftigkeit, burgenländische Landarbeiter nach Deutschland zu verschicken, während „gewisse Kreise” ständig über ausländische Arbeiter an der niederösterreichisch-slowakischen Grenze „jammern” Tatsächlich tat sich dabei ausgerechnet der Deutsche Schulverein Südmark hervor, indem er beharrlich die Gefahr des tschechisch-jugoslawischen Landkorridors beschwor und unter Hinweis darauf gegen das gut organisierte — auch nationale — Vereinswesen der Wiener Tschechen, aber auch gegen slowakische Landarbeiter in Niederösterreich (Marchfeld) Stimmung machte.

72 Nach dem Studium der Geschichte und Geographie an der Universität Wien und kurzer Beschäftigung als Bibliothekar am Historischen Seminar kam Kunnert 1928 als Sachbearbeiter für Bibliotheks- und Archivwesen an die Kulturabteilung der Burgenländischen Landesregierung; ab 1932 Redakteur der „Burgenländischen Heimatblätter”; 1938 Leiter des *Filialarchivs des Reichsgaues Niederdonau in Eisenstadt* (der Volkstumsstelle angegliedert), Kreis-Hauptstellenleiter für Kultur der NSDAP und Beauftragter des Referats „Grenz- und Ausland”, 1943 Leiter der SD-Hauptaußenstelle in Eisenstadt; 1945 Flucht in die Steiermark, Beschäftigung an der Stadtbibliothek Schläining, 1948 Prozeß (geringe Haftstrafe); 1950 Aufbau des Bildungsreferats der *Kammer für Arbeiter und Angestellte* in Leoben; 1958 Vorstand der Kulturabteilung Burgenland; 1967 Pensionierung. (Vgl.: Schlag, zit., 174)

73 Sie setzte sich zusammen wie folgt: Obmann: Landesregierungsbaurat Ing. Paul Groß (Eisenstadt), Stellvertreter: Dr. Heinrich Kunnert (Eisenstadt), Schriftführer: Regierungskommissär Dr. Hans Künzö (Eisenstadt), Stellvertreter: Frau Margarethe Harmuth (Eisenstadt), Zahlmeister Rechnungsrevident Arthur Zika (Eisenstadt), Stellvertreter: Oberlehrer Franz Groß (Oberpullendorf); Mitglieder: Lehrer Karl Berger (Jois), Reg.-Rat. Prof. Paul Eitler (Eisenstadt), Bürgermeister Edmund Frühwirth (Kleinmürbisch), Dr. Hans Laßmann (Eisenstadt), Oberlehrer Eugen Leyrer (Stuben), Prim. Dr. Karl Singer (Güssing), Kommerzialrat Karl Wollinger (Heiligenkreuz), Oberlehrer Josef Klampfer (Kleinhöflein), Frau Dr. Ada Smital (Oberwart); Aufsichtsrat: Landesbuchhaltungsdirektor Reg.Rat Julius Grossinger (Eisenstadt) zugleich Obmann der Ortsgruppe Eisenstadt, Oberlehrer Ottfried Fleischer (St. Martin a.d. Raab), Bahnvorstand Ferdinand Sittauer (Oberwart); BLA, Deutscher schulverein Südmark A/5 11+7

nach dem Juli-Putsch 1934 kam im Vorhergehenden bereits mehrmals zur Sprache. Im speziellen Fall des Deutschen Schulvereins im Burgenland sei ein Aspekt herausgegriffen, der die Verselbständigung einer Dynamik veranschaulicht, die im aggressiven Wesen der Schutzvereinsidee immer schon wesentlich angelegt war und nun — von einer *Partei*, die sich wenig nur um das Wohlergehen der Auslandsdeutschen scherte, fungibel gemacht — zur *politischen* Tat drängte. Dr. Kunnert reichte in einem Schreiben an die Hauptleitung vom 14. Juli 1937 seine Demission als Kreisleitungsmitglied ein. Dr. Dechant (VF) habe angerufen und ihm, Kunnert, und der Kreisleitung den Vorwurf gemacht, am 1. Juli, als er sich mit den Kreisleitungsmitgliedern Ing. Groß und Kunnert auf einen modus vivendi geeinigt hatte, nicht von der bevorstehenden Entsendung sog. Landdienst-Gruppen in Kenntnis gesetzt worden zu sein.<sup>74</sup>

Gemäß §2/Punkt 5 der Satzungen („Wirtschaftliche Förderung der deutschen Bevölkerung im sprachlich bedrohten Gebiete“) sollte die schulentwachsende Jugend beim Arbeitseinsatz an den *gefährdeten* Grenzen des *Vaterlandes* dieselben sichern, die volkstreu Gesinnung der Bevölkerung stärken und das gegenseitige Verstehen von Stadt und Land fördern. Seit Herbst 1936 wurden die jungen Schutzarbeiter dementsprechend ausgebildet. Vom Abend des 8. bis 12. Juli 1937 fanden mit der am 8. Juli erteilten Genehmigung der Sicherheitsdirektion (Eisenstadt) wie im übrigen Österreich so auch im Burgenland<sup>75</sup> Schulungslager statt, in denen die Landdienstleute unter Beachtung militärischer Disziplin landeskundlich und historisch unterwiesen wurden.<sup>76</sup> „Nachdem in den Vorbereitungslagern allen Landdienstlern noch einmal ihre Pflichten gegenüber den Bauern, dem Dorfe, dem Deutschen Schulverein Südmark und den Behörden eingeprägt worden sind, rückten alle Mannschaften reibungslos in die ihnen zugewiesenen Bauernhöfe ein.“<sup>77</sup> Nun hatte die Hauptleitung des Deutschen Schulvereins Südmark über ihre Kreisleitung Dechant und die Sicherheitsdirektion wohl vom Schulungslager, nicht aber von der Verlängerung des Landdienstes bis zum 15.

74 Der hier wohl relevante Punkt 3 des „Entschließungsentwurfs“ besagt: „Volkstanzgruppen bzw. Spielscharen [,] die von anderen Bundesländern ins Burgenland kommen wollen, müssen dies der Kreisleitung vorher bekanntgeben (Programm u[nd] aufzusuchende Orte), die sich darüber mit der VF ins Einvernehmen setzt.“ Weiters durften, so verpflichtete sich die Kreisleitung gegenüber der Sicherheitsdirektion, im Burgenland Mitglieder des Vereines nur Personen sein, die das 18. Lebensjahr bereits überschritten hatten (Punkt 6). (BLA, Deutscher Schulverein Südmark A/5 11)

75 Podersdorf, Mattersburg, Oberpullendorf (Joseph Haydn-Schule), Oberwart (Jugendherberge Bernstein), Güssing, Jennersdorf

76 BLA, Deutscher Schulverein Südmark A/1 XXXIV: Wirtschaftliche Schutzarbeit. Diese Vorbereitungslager waren übrigens ursprünglich für den Zeitraum vom 4.—7. Juli geplant gewesen.

77 (Abschrift) Aus dem Gesamtberichte. Bericht über die Durchführung des Österreichischen Grenzlanddienst [sic] 1937 vom 12. Juli bis 15. August 1937, ib.

August<sup>78</sup>, die von der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit (Wien) offenkundig genehmigt worden war, unterrichtet.<sup>79</sup> Dazu entwickelte der Landdienst ohne Rücksprache mit der Kreisleitung Aktivitäten, die dem am 1. Juli ausgehandelten modus vivendi schlicht Hohn sprachen: der von Landdienstleuten eingerichtete Erntekindergarten in Gols wurde behördlich aufgelöst<sup>80</sup> (in Pöttelsdorf machte der evangelische Pfarrer wegen eines Ferienkinderhorts Schwierigkeiten), der Lagerstandort Mattersburg wurde ins politisch „hochgespannte“ — protestantische — Walbersdorf verlegt<sup>81</sup>, Beschwerden lagen vor, wonach Landdienstleute in Rudersdorf (Bezirk Jennersdorf) mit „nationalsozialistischen Parteigänge[r]n in starker Fühlung ständen“<sup>82</sup>. Das Schulungslager in Bernstein kommt selbst im Bericht des Schutzvereinsmitglieds Benisch nicht gut weg: „Es handelte sich um 35 Leute, wovon 6 Mädchen waren. Die Leute haben es nicht der Mühe wert gefunden, mit der Ortsgruppe in Fühlung zu treten. Sie haben sich sehr auffällig benommen und sind nur geschlossen marschiert, wobei Trompetensignale verwendet wurden. Bei jeder Gelegenheit sind ausschließlich betont nationale Kampflieder gesungen worden, begrüßt wurde mit „Sieg-Heil“, bei gehobener abgewinkelter Hand. Es wurden Anzeigen erstattet und das Trompetensignal bei den Ausflügen verboten. Die Abhaltung einer Kriegerehrung mit einer völkischen Ansprache wurde allgemein als politische Demonstration gewertet.“ In Kohfidisch habe er selbst noch zwei Landdienstler angetroffen, Bruno Ströb und Gustav Fend: „Deren Verhalten ist einfach unverantwortlich zu nennen. Sie lehnen jede Autorität von Seite des Vereins ab und erklären [,] nur ihren Führern verantwortlich zu sein, vom Verein haben sie sich nur den Namen geborgt.“<sup>83</sup> Versuchte sich die Hauptleitung gegenüber der Sicherheitsdirektion für das Burgenland und Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit<sup>84</sup> aus der Schlinge zu ziehen, indem sie darauf hinwies, für das Verhalten der am Grenz-

78 Am 14. August sollte — nach offiziellem Fahrplan — der Landdienst zu Ende gehen, am 16. August die Landdienstler noch einmal im Abschluslager, i.e. in den Schulungslagern, zusammentreffen.

79 Kunnert an Dechant, 14. Juli 1937; ib.

80 Hauptleitung an Kreisleitung, 13. Juli 1937; ib.

81 Kunnert an Walter Klemm (Hauptleitung), 12. Juli 1937; ib., die Ortsgruppe (Obmann Lehrer Ernst Polster) wurde am 27. Juli aufgelöst und der Kreisleitung unterstellt, nachdem bereits zuvor die Führung aus politischen Gründen ausscheiden hatte müssen. In einem „Sonderbericht über die Tätigkeit des Landdienstes anlässlich der Burgenlandreise im September 1937“ des Wanderredners Benisch heißt es abschließend: „Auffallend sei das Benehmen der jungen Leute allerdings sehr, besonders wegen der militärischen Haltung der Burschen, des ausschließlichen Absingens von betont nationalen, den sogenannten neudeutschen Liedern, und ihres einseitigen Umgangs [!].“

82 Kunnert an Hauptleitung, 2. August 1937; ib.

83 In einer „Abschrift aus dem Sonderberichte der Grenzlandführung“ spricht Benisch von 140 [!] angeblichen Anzeigen in der Gegend um Kohfidisch; ib.

84 Brief vom 30. September 1937; ib.

landdienst Beteiligten *nach* dessen offiziellem Abschluß am 15. August<sup>85</sup> nicht verantwortlich zu sein, so ermaß Kunnert realistisch die Tragweite des Vorgefallenen. Der Landdienst habe, so heißt es in einem Brief an die Hauptleitung (11. Oktober 1937), die Vereinsarbeit schwer belastet, die Kreisleitung sei bei den Vorbereitungsarbeiten „völlig ausgeschaltet“ worden, und auch die Hauptleitung habe ihre Autorität („Weisungen“) nicht durchzusetzen vermocht. Und das wog schwer. Der Landdienst dürfte bereits *neben* dem Deutschen Schulverein Südmark — jedoch durch diesen getarnt — weitgehend autonom gehandelt und über eine eigene Führungsstruktur verfügt haben, sonst wäre es kaum zu erklären, daß in einzelnen Ortschaften (Loipersbach) Jugendliche unter 18 Jahren (!) angeworben wurden.<sup>86</sup> Da ist ein Schreiben des Bundesministers Waldstein (Unterricht) an die Landeshauptmannschaft schon von unfreiwilliger Komik, in dem es heißt, wahrscheinlich decke der Deutsche Schulverein Südmark geschickt die illegale Tätigkeit der HJ im Burgenland; und weiter fragt der Minister, ob es nicht geraten scheine, Lehrpersonen und Studenten den Zugang zum bzw. die Mitgliedschaft im Deutschen Schulverein unmöglich zu machen.<sup>87</sup>

(Im Mai 1938 wurde der Deutsche Schulverein Südmark im Zuge der Neuordnung, die sein Verschwinden im VDA bedeutete, dem Führerprinzip unterstellt, die Tätigkeit der Hauptleitung und des geschäftsführenden Vorstands „liquidiert“, das Vermögen eingezogen und die deutsche Schutzarbeit insgesamt, ihre *weltanschaulichen* Grundlagen und Organisationsformen, wie sie in der Zeit zwischen den Weltkriegen bestimmend gewesen waren, wohl für immer diskreditiert.)

85 Die Landdienstschlufblager waren — wohl wegen der zahlreichen Anzeigen — abgesagt worden, dennoch fanden noch nach dem 15. August Kundgebungen statt bzw. wurde der Grenzlanddienst — etwa in Form von Kasperlaufführungen in Tatzmannsdorf — weitergeführt. Dazu die Kreisleitung an die Hauptleitung (16. September 1937): „Diese Anzeigen belasten und laufen unter dem Namen des Deutschen Schulvereines Südmark.“ (ib.)

86 Es dürfte daher auch kein Zufall sein, daß der Sitz der Hauptleitung (Wien 1080, Fuhrmannsgasse 18 a) — zugleich Sitz der „Kanzlei des Landdienstes“ — nach dem Anschluß 1938 zur Verbindungskanzlei zwischen Deutschem Schulverein Südmark und HJ mutierte.

87 7. Dezember 1937; BLA, Landesschulbehörde (= Landeshauptmannschaft — Schulbehörde) IV/A-2300/1937

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Burgenländische Heimatblätter](#)

Jahr/Year: 1994

Band/Volume: [56](#)

Autor(en)/Author(s): Streibel Andreas

Artikel/Article: ["Von der Alm zur Puszta". Zur Rolle völkischer Schutzvereine bei der Angliederung des Burgenlandes an Österreich \(Forts.\) 89-118](#)